

Aus dem Inhalt:

Die deutsche Handelsbilanz

Anarchie von oben

Die Bedrohung Englands

Prix: Fr. 1,50

„Nichtintervention“ in der Tschechoslovakei Wer schützt die Deutschen in Deutschland?

Niederlage Hitlers und Mussolinis

Der Vorstoss der Spanischen Republikaner am Ebro

Das republikanische Spanien verteidigt sich kraftvoll gegen die deutsch-italienische Intervention. Mussolini wird immer unruhiger und ungeduldiger. Er ist zum Schein auf die „Zurückziehung der fremden Kombattanten“ eingegangen, weil er hoffte, bis zum Inkrafttreten der Vereinbarung entscheidende Schläge gegen die Republik führen zu können.

Diese Hoffnung ist grausam enttäuscht worden. In der Nacht vom 25. zum 26. Juli stiessen die republikanischen Truppen über den Ebro vor. Die grossen Erfolge ihrer Offensive haben die strategischen und politischen Pläne Mussolinis und Hitlers in Spanien zerstört. In der ersten Bestürzung hat die Führung der Rebellen in Burgos zugegeben, dass die Republik einen Befreiungskampf gegen die Rebellen und die Interventionisten führt. In der Mitteilung des Rebellengeneralstabs über die Schlacht am Ebro heisst es: „Den Regierungstruppen ist es durch die Mithilfe eines Teils der Zivilbevölkerung gelungen, in unsere Linien einzudringen.“

Regierungstruppen und Volk kämpfen gemeinsam gegen den landfremden Feind! Durch dieses Geständnis ist die wahre Situation in Spanien klar gezeichnet.

Der Verlauf der Kämpfe hat noch ein weiteres gezeigt: nur der stärkste Einsatz italienischer und deutscher Flugzeuge, italienischer und deutscher Artillerie hat es den Rebellen gestattet, ihre Front einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen. Ohne die fortgesetzte Lieferung von Truppen und Material durch Deutschland und Italien wäre der spanische Kriegslängst mit dem Siege der Republik entschieden.

Die Entlastungsoffensive der republikanischen Truppen am Ebro ist eine schwere moralische Niederlage für Hitler, Mussolini und Franco.

Die tapferen Truppen der spanischen Republik haben ihr Blut für die Freiheit in Europa vergossen — für unsere gemeinsame Sache.

für den nächsten Krieg eine neue Operationsbasis anzulegen. „Hilfe für Spanien!“ schrieten alle Freigesinnten und alle Wachen angesichts der neuen Gefahr für den Frieden, die sich in Spanien zusammenballte. Aber da waren auch schon wieder die Diplomaten zur Stelle; sie bewiesen, dass jede Störung der deutsch-italienischen Intervention ein Verstoss gegen die heilige Nichtintervention und ein gefährlicher Anschlag auf den Frieden sei. Und während aus Genua und Hamburg Schiff auf Schiff voll Waffen und Soldaten abfuhr, boten die Diplomaten der Nichtintervention alle Kräfte auf, um alle Zufahrtswege zum republikanischen Spanien zu kontrollieren, die Grenze zu sperren und die rechtmässige Regierung zum wehrlosen Opfer eines rechtswidrigen Angriffs werden zu lassen — alles im Namen der heiligen Nichtintervention.

Und nun, nachdem man das alles erlebt hat, fühlt man sich wie aus den Wolken gefallen, wenn man vernimmt, dass Lord Walter Runciman nach Prag geht, um dort im Streit zwischen der Regierung und der sudetendeutschen Nazipartei zu vermitteln.

Eine Intervention, wie sie im Buche steht! Ueberraschend kommt sie freilich nur denen, die nicht wissen, was in Prag nun schon die längste Zeit gespielt worden ist. Die englische Intervention hat dort nicht erst gestern begonnen, sie ist schon seit Jahr und Tag im Gange. Manches, was die Welt nicht verstanden hat, war auf der politischen Tätigkeit der Emigran-

ten und das Glückwunschtelegramm sie zurückzuführen, so die Einstellung Benesch' an Hitler am 1. Mai. Man war klug genug sich zu sagen, dadurch dass man die Ratschläge Englands folgsam annahme, verpflichtete man es sich auch — und diese Taktik hat sich ja dann am 21. Mai in der Tat glänzend bewährt.

Jetzt, da die englische Intervention in der Person des Lord Runciman allzu sichtbar geworden ist, stellen sich Bedenken und Zweifel ein. Die Verschiebung der Reise auf den 6. August und die schleunige Veröffentlichung der ersten Regierungsvorlagen zum nationalen Ausgleich lassen darauf schliessen, dass Prag trotzdem noch Wert darauf legt, sich als die Hauptstadt eines souveränen Staates in Erinnerung zu bringen. Man sehnt sich schon, so will es scheinen, nach etwas weniger Intervention und nach etwas mehr Nichtintervention.

Bei alledem kann man nicht einmal sagen, dass England mit seiner offenkundigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates im Prinzip Unrecht hat. Denn in Prag entscheidet sich, ob es Krieg oder Frieden gibt, das heisst, es entscheidet sich, ob Millionen Engländer leben bleiben oder sterben müssen, und das ist gewiss eine Angelegenheit, die die englische Regierung sehr viel angeht. Aber freilich geht es dabei nicht nur um Engländer, sondern auch um andere Menschen und ausserdem auch noch um andere Dinge, wie um Recht und Unrecht, Freiheit und Knechtschaft, Humanität und Bestialität.

Um alle diese Dinge geht es aber wiederum nicht nur in der Tschechoslovakei, sondern überall in der Welt, in China und in Spanien, in Danzig und in Südtirol und ganz besonders in Deutschland selbst. Wenn man gegenüber den namenlosen Schändlichkeiten, die sich dort Tag für Tag ereignen, krampfhaft die Augen schliesst, zugleich aber in die benachbarte Tschechoslovakei einen Aufseher schickt, dann wird ein Widerspruch im Handeln sichtbar, der sich mit diplomatischen Begriffsspielereien nicht mehr verhüllen lässt. Der totale Zusammenbruch der ganzen Nichtinterventionstheorie wird sozusagen gerichtsnotorisch.

Die zweieinhalb Millionen Nazi-deutschen in der Tschechoslovakei sind so frei, dass sie ungehindert tun können, was in anderen Ländern als Landesverrat betrachtet wird, sie sind sogar so frei, dass sie eine Million nichtnazistische gesinnte Deutsche unterdrücken können. In Deutschland leben 24 Millionen Deutsche, die bei allen freien Wahlen antinazistisch gestimmt haben, aber seit fünf Jahren durch Mord und Drohung mit dem Mord, durch Konzentrationslager und Prügel gehindert werden, ihre wahre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wären diese 24 Millionen Deutsche frei, so gäbe es kein Naziregiment, Deutschland wäre ein Rechtsstaat, und der Weltfrieden wäre nicht bedroht.

Lord Runciman, wann fahren Sie nach Berlin?

Der Abgrund

Ehrungen für Mörder

Das System hat am Jahrestag der Ermordung von Dollfuß in Oesterreich Gedenkfeiern für die Mörder veranstaltet. So sind die Mörder von Rathenau gefeiert worden, so die vertierten Mörder von Potempa. Das System, das den Zuhälter Horst Wessel zum Helden seiner Staatshymne gemacht hat, zeigt durch seine Mörderverehrung, dass es von der Gesinnung der Canaille erfüllt ist.

Im Jahre 1934 ist das System heuchlerisch von den Mördern abgerückt, weil es fürchtete, zur Verantwortung gezogen zu werden. Heute fühlt es sich stark genug, um den einfachsten Grundsätzen der Moral ins Gesicht zu schlagen. Geschützt durch seine Rüstungen, verkündet es laut: Lasst uns Mörder und Banditen sein!

Diese Gesinnung erfüllt das System von oben bis unten. Oesterreichische Nationalsozialisten haben ihre Gemeinschaft mit der Mördersinnung durch eine viehische Tat bekräftigt. Am 13. Juli 1935 verunglückte die Gattin des ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg bei einem Unfall in der Nähe von Linz in Oberösterreich tödlich. Am Ort des Unglücks wurde ein Erinnerungskreuz aufgestellt. Die Nationalsozialisten haben dieses Kreuz an der Autostrasse von Linz nach Salzburg mit Dynamit in die Luft gesprengt.

Die Welt hat ihren Abscheu vor dieser Gesinnung offen zum Ausdruck gebracht. Die „Times“ schrieb über die Ehrungen für die Mörder:

„Nichts illustriert den Abgrund besser, der die Naziffassungen von der öffentlichen Meinung Grossbritanniens und anderer Länder trennt, als der Beschluss der deutschen Regierung, besondere Ehren den Mördern Dr. Dollfuß, der auf tierische Weise getötet wurde, zuteil werden zu lassen. Der Jahrestag seiner Ermordung wird nun als „Fest“ zu Ehren derer gefeiert, die ihn ermordet hatten und nachher standgerichtlich abgeurteilt und hingerichtet worden waren. Die Mörder werden als Helden gewertet und die Welt erlebt wieder ein klares Beispiel der verderblichen Nazitheorie, dass alles, was zur Förderung des Nationalsozialismus geschieht, sei es auch noch so feig und ungerecht, richtig und edel, hingegen jeder Gegner des Nationalsozialismus ein Verbrecher ist.“

Das System pfeift auf die Entrüstung der anständigen Menschen. Seine Parole ist: „Kanonen sind wichtiger als Moral.“ Eines Tages wird es erkennen, dass es sich geirrt hat.

Braune Heuchelei

Was nicht untersucht wird

Ende Juli fand in Pilsen die Verhandlung gegen den tschechischen Polizisten Koranda statt, der als Grenzschutze in der Nacht zum 21. Mai einen Schuss abgab, durch den zwei Sudetendeutsche auf ihrem Motorrad getötet wurden. Die deutsche Presse tobte damals mit Schäum vor dem Munde über den „vorbedachten Mord“ und hätte, wäre es gleich darauf losgegangen, zweifellos diesen Schuss unter die Kriegsründe eingereiht. Als es aber nicht losging, verlangte sie Untersuchung, gerichtliche Sühne, Bestrafung des Täters.

Da die Tschechoslowakei im Gegensatz zu Hitlerdeutschland ein Rechtsstaat ist, so wurde untersucht, Koranda gar in Untersuchungshaft genommen. Die jetzige Verhandlung hat erwiesen, dass das Geheul der deutschen Presse vom „vorbedachten Mord“ eine schamlose Lüge war. Der Polizist Koranda hat seiner Instruktion gemäss von der Schusswaffe Gebrauch gemacht, als die beiden Motorfahrer — nebenbei um drei Uhr des Nachts und nahe der Grenze — auf seinen Anruf in Deutsch und Tschechisch nicht stopten, sondern ihn, den Posten, zu überrennen suchten. Er hatte auf das Rad gezielt, aber unglücklicherweise die Menschen getroffen. Die vernommenen Zeugen bekundeten, dass die angerufenen Deutschen den Anruf unbedingte hätten hören müssen. — Das Gericht vertagte die Verhandlung, da die Anwälte noch weitere Beweisanträge stellten es würdigte aber das bisherige Beweisergebnis, indem es Koranda in Freiheit stellte.

Das ist der Vorfall, aus dem die Hitlerregierung am liebsten einen Vorwand gemacht hätte, in die Tschechoslowakei einzumarschieren! Die einzige Frage, die überhaupt diskutiert werden kann, ist die ob Koranda vielleicht seine Instruktion allzu genau befolgt hat, ob er nicht trotz



der Instruktion besser getan hätte, vom Gebrauch der Schusswaffe abzusehen. — Eine Frage, die bereits jenseits des Juristischen liegt! — Man kann darüber gleichwohl diskutieren, — nur gerade in Deutschland nicht. Wir erinnern uns, dass in Deutschland ein gewisser Göring an dem Tage, wo er das preussische Innenministerium übernahm, ans Mikrophon trat und mit brutal-heiserer Stimme schrie: er werde jedes Handeln, auch das schärfste, bei seinen Polizeibeamten decken, dagegen jedes passive Verhalten unnachsichtlich bestrafen!

Und so ist es geschehen. In der Zeit der Hitlerherrschaft sind Dutzende und Aberdutzende von Gegnern des Systems bei angeblichen „Fluchtversuchen“ von Polizeiorganen erschossen worden, ohne dass auch nur in einem einzigen Falle nachträglich eine Untersuchung des Vorgangs stattgefunden hat. Wir nennen allein von bekannteren Politikern, die auf diese Weise beiseite geräumt wurden, die Namen Fechenbach, Eggerstaedt, Husemann, Steinfurth usw. In jedem dieser Fälle wurde seinerzeit hier dargetan, dass ein Fluchtversuch weder den objektiven Umständen noch der Persönlichkeit der Getöteten nach nur im entferntesten wahrscheinlich war.

Niemals ist darauf geantwortet worden, in keinem Falle hat das Dritte Reich die näheren Umstände der Tat publiziert, — zu eklatanter Beweis dafür, dass diese das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatte. Und dies Land, in dem der polizeiliche Mord zu einem System organisiert ist — auch die Unzahl der angeblichen „Selbstmorde“ gehört hierher. — dies Land tobt vor Entrüstung, wenn in einem Nachbarstaat ein Polizist seiner Instruktion gemäss von der Waffe Gebrauch macht gegen Personen, die sich offensichtlich der Grenzkontrolle entziehen wollten. — Man kann die Heuchelei nicht weiter treiben.

Felix Fechenbach

Vor fünf Jahren ermordet

Felix Fechenbach wurde am 7. August 1933 im Walde von Scherfelde, etwa 50 Kilometer von Detmold, von nationalsozialistischen Banditen ermordet. Das Telegramm, das der Kriminalpolizei-Sonderdienst am 8. August an seine Frau schickte, lautete wörtlich:

„Bei Fluchtversuch ist Ihr Mann gestern verwundet und vergangene Nacht verstorben weitere Nachricht folgt.“

Durch untrügliche Beweisstücke wurde erhärtet, dass diese „Flucht“ nur eine lügnerische Erfindung der Polizei war, um das Verbrechen, das man an Fechenbach begangen hatte, zu vertuschen.

Man fand bald in der Nähe des Tatortes das Jackett des Ermordeten. Es trägt vorne am linken Revers eine Einschussöffnung, die Ausschussöffnung befindet sich am Ärmel. Die Brieftasche Fechenbachs war zerrissen und der Lederriemen der Armbanduhr ebenfalls. Der wirkliche Tatbestand ist folgender:

Felix Fechenbach wurde aus dem Gefängnis von Detmold, in dem er seit Monaten in Schutzhaft war, mit einem Auto angeblich nach Dachau ins Konzentrationslager transportiert. Das Auto war nur von bekannten nationalsozialistischen Rowdis begleitet. Ein Polizeibeamter, den man auf die Forderung Fechenbachs hin zum Schein mitgenommen hatte, wurde kurz nach Detmold heimgeschickt. Das Auto hielt etwa nach einer Stunde, mitten im Walde, wo man mit Fechenbach allein war. Man zerrte ihn aus dem Wagen, verprügelte ihn. Fechenbach hat sich offenbar dagegen gewehrt und wurde dann ganz aus der Nähe niedergeschossen. Von Flucht kann garnicht die Rede sein.

Fünf Jahre sind seitdem verflossen. Felix Fechenbach war von frühester Jugend an ein Kämpfer für das sozialistische Ideal. Sein Tod war eine der vielen Attentate der nationalsozialistischen Brutalität gegen die Menschlichkeit. Wir werden ihn, wir werden alle Opfer des nationalsozialistischen Verbrechens niemals vergessen!

Hitler bedroht Dänemark

Was Henlein in der Tschechoslowakei ist, das ist der Pfarrer Schmidt in Dänemark. Seine Direktiven empfängt dieser „Führer der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig“ natürlich von Berlin. Neulich hat er eine Propagandareise durch diverse Länder gemacht, auf der er Vorträge hielt, und allen möglichen Journalisten huldreich Interviews gewährte. In Oslo erklärte er einem Pressevertreter:

„Die deutsch-dänische Grenzrevision wird kommen. Sie muss erfolgen, weil Deutschland sie verlangen wird.“

Der Wille Hitlers erschötet diesem unerbarmlichen Mitglied des dänischen Parlaments als allerhöchster Befehl, dem die Ausführung zu folgen habe, wie das Amt der Predigt.

Die nordische Presse stellt fest, dass die Tätigkeit des pseudodänischen Hitlerseglings Schmidt nur geeignet sei, das allgemeine Misstrauen gegen Deutschlands Friedensbetreibungen zu bestätigen und zu steigern . . .

Die Rassenweltkarte

Vor drei Jahren hatte Professor Dr. O. Reche, Direktor des Instituts für Rassen- und Völkerkunde an der Universität Leipzig, seine kritischen Gedanken noch in gemässenen beisammen. Als er 1935 den Versuch unternahm, „die rassischen Elemente Mitteleuropas in einem einheitlichen Kartenbild zusammenzufassen“, gab er die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens zu, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 343) ist taktlos genug, heute an diese Zeit zu erinnern. Damals brachte der Professor in seinem „Buch vom deutschen Volkstum“ laut „DAZ“ etwa Folgende zum Ausdruck:

„Trotz grösster Sorgfalt können auf einer Karte nur Angaben gemacht werden, die einerseits ein Bild vom gegenwärtigen Forschungsstand geben, andererseits notwendigerweise die persönliche Auffassung des Darstellers zum Ausdruck bringen, und die schliesslich in ihrer sachlichen und zeitlichen Begrenzung oft betont einseitig anmuten. Ist es z. B. unmöglich, auf einer Karte die Rassenentwicklung früherer Epochen und die heutige Rassenverbreitung wiedergeben zu wollen; ebensowenig scheint es aber zu gelingen, die vielen quantitativ kaum ins Gewicht fallenden Kleingruppen und Rassenplitter neben den Grossrassen auf einer Weltkarte mitzuverzeichnen; oder etwa die rassebiologischen Mischungsgrade einzelner Bevölkerungsgruppen abzulesen und den rassischen wandtschaftlichen Zusammenhang entsprechend zu betonen. Die Schwierigkeiten mehren sich, wenn man noch relative Kräfteverhältnisse der Rassen untereinander irgendwie zum Ausdruck bringen will, oder ein Mischvolk, das sich gar keine „Rasse“ darstellt, aus dem politischen Ueberlegungen heraus auf das Kartenbild aufnehmen muss.“

Aber das ist drei Jahre her, und das Dritte Reich sind für einen der sieben Rassenprofessoren so gut wie tausend Jahre des Vergessens. Reche hat nunmehr eine „Rassenweltkarte“ herausgegeben, in seinen eignen Worten nach eine „Vorstellung von der Lage der Kraftmittelpunkte der Menschheit“ im Hinblick auf die „deutschen Verschiedenheiten der im Weltgut verankerten seelischen Eigenschaften der Rassen“ vermitteln soll. Eine Weltkarte also, nach der sich jeder brave Deutsche auch bei Nacht in den Gemütskloster seiner umwohnenden Mitgeschöpfe zurechtfinden kann. Dieses Wunderwerk sieht etwa so aus:

„Es ist nur die Rassenverteilung im Gegenwart dargestellt. Die wenigen Hauptgruppen, deren Unterschiede Erb- und Erscheinungsbild gross unterscheiden im Farbton deutlich auszuzeichnen, die einzelnen Signaturen für die Rassen wurden, wo es irgend möglich war, in Farbstufen wiedergegeben, die den Hautfarben nahekommen (Mongolen gelb, Neger schwarz usw.). Dadurch sind die grossen Rassengruppen durch besondere Farben, und innerhalb dieser Gruppen die Rassen durch verschiedene Farben von Punkten (mit der gleichen Farbe auseinandergehalten werden, ist der rassenverwandtschaftliche Zusammenhang zum Ausdruck gebracht.“

Schliesslich zeigt die Karte noch ein besonderes Zeichen die Stellen der Erde, an denen das Judentum in seiner Zusammenballung lebt, also dadurch die Hauptpunkte seiner Machtzentren hervorhebend.

Daneben gibt es Grössezeichen für „Klein- und Grossrassen“ und einige andere Kunstgriffe.

Den lieben Gott wird bei Betrachtung der Reche'schen Leistung der blasse Neid packen. Ihm selbst ist es nicht gelungen, die Rassen so sauberlich auseinanderzuhalten, ihm ist seit Urzeiten alles davor einander geraten, und es musste erst ein deutscher Professor kommen, um die Zulänglichkeit des Schöpfers — wenn Verstens kartographisch — auszugleichen.

Neues Konzentrationslager

Bei Weimar ist ein neues Konzentrationslager errichtet worden. Es ist lediglich für jüdische Häftlinge bestimmt und kann 5000 Gefangene aufnehmen. 1200 Mann finden sich schon dort und täglich werden etwa 40 bis 60 neue eingeliefert.

Die deutsche Polizei hat Weisung erhalten, Juden blind darauflos zu verhaften. Bei kleinen Verkehrssünden, die normalerweise ein paar Mark Geldstrafe kosten, folgt jetzt sofortige Verhaftung, wenn der Täter ein Jude ist. Viele der so Verhafteten kommen ins Konzentrationslager.

Der keine auswei und glei des biets zeigt i Million fuhr v der Ha lionen, und 24 der wie vilat, ersten des Mi Abgabe schlies die Ab Juni-Ei annähe im Mai 6.5 Pro am stä wchtig Betr des er Reichs antz zw reich, lionen Million Einfuhr fast 9 deutsch starker stigt, d Aufwä rend d dieser nach Einfuhr führpr als 193 im B schaft, Volum allem eingefü noch Aber a mitteln 8 Proz rund 9 lang, die Dar bleibt i treideje Einfuhr in dem Die Reichs ersten 73 Mil zurück im Du nach Reichs Volum bemerk Ausfu stärkt, erste F 14 Mil Vorjah rung lionen. Die deisbila ports schäfts Konjuz Export und n Deutsch noch s weist i Ausfu bekann Lieferu freund dess gr wichtig fuhr gegenü

Fouchés Nachfolger

Zu den Aufgaben der Goebbelspresse gehört es, dem deutschen Untertanen möglichst viel Mängel des Auslands zu servieren. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ haben die französische Hausmeisterin, die Concierge, entdeckt und machen aus ihr eine Spinne, die ihr Netz um ihre Opfer spinnt. „Ganz besonders bildet sich die Polizei ihre Meinung über die Untertanen nach der Aussage der Concierge...“ Es sei ja auch Napoleons Polizeiminister Fouché gewesen, der die Concierge „als ein ebenso wirksames, wie niedriges Organ der Geheimpolizei“ erfunden habe.

... er hatte begriffen, wie man Menschen am sichersten dadurch beherrscht, dass man etwas von ihnen weiss. Am besten, man weiss noch mehr von ihnen als sie selber. Deshalb genügt es Fouché nicht, dass er Leute aus dem hohen Adel, Blener und Köche, ja sogar Josephine Bonaparte als Spitzel gewann, nein, er wollte im ganzen Lande in allen Stadtteilen von Paris ja sogar in jeder Wohnung sein Spähersystem verankert wissen.

Alles musste den Weg über die Concierge nehmen, die mit den skrupellosen Polizeimethoden jener Zeit leicht zum Spitzel oder sogar zum „Agent provocateur“ gemacht werden konnte.

Das weitere überlässt das Pariser Stimmungsmodell dem Leser, der den Faden fortspinnt: Fouchés Spitzelsystem wurde vor den Demokratien überwunden, dagegen von Diktaturen übernommen und vom Dritten Reich endlich bis ins Letzte ausgestellt durch die Erfindung der Haus- und Blockwarte. Welch ein Stümper war daneben Fouché! Seine Hauswarte mussten noch heimlich spitzeln und horchen. Die Block- und Hauswarte des Dritten Reiches aber haben nahezu Polizeigewalt, dürfen regelrechte Vernehmungen veranstalten, können jederzeit Zutritt in die Wohnung verlangen, dürfen Eintopf- und Winterhilfsstern einreiben, dürfen die Bilder an den Wänden rügen, namentlich wenn das des Führers dort fehlt. Sie sind nicht einmal der Polizei Rechenschaft schuldig, sondern nur der Hitlerpartei und können bei entsprechendem Denunziationstakt auf Avancement rechnen. Das nennt man einen modernen, lückenlosen Spitzelapparat, und Fouché war eben ein blutiger Anfänger.

Wenn darum der Pariser Brief der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ diesen „unbefriedigten“ Polizeiminister als charakterlosen Menschen mäßig macht, so werden sich die Leser freuen, und manchen wird es jucken, den Hitler, Göring und Genossen die Epistel angestrichen zu schicken. Die Block- und Hauswarte rund um die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aber werden knurren: „Das feige Gesindel! Dirrekt wagen sie uns das nicht zu sagen!“

Treueprämie - ein brauner Schwindel

Mit allem geht man sparsam und „rationell“ um im Dritten Reich, mit jedem Stückchen Metall, jedem Obstkern, jeder Kartoffelschale, — nur nicht mit dem Menschen, seiner Arbeitskraft, seiner Gesundheit, seiner Lebensenergie. Wer arbeitslos wird und nicht im Rüstungsbetrieb zu brauchen ist, muss für ein knappes Stück Brot, einen Teller Erbsensuppe und ein Bett in der Massenbaracke als Landhilfe-Kuli schaffen. Statt dem Bauern seine Produkte zugänglich zu bezahlen, stellt man ihm zur „Entschädigung“ städtische Arbeitslose als billige, als nahezu kostenlose Robott-Kraft zur Verfügung.

Es ist kein Wunder, dass diese Zwangslandarbeiter, die zu bäuerlicher Arbeit keine Beziehung haben, körperlich meist schwächlich sind, von ihren Familien fortgerissen wurden und statt eines Lohns ein lächerliches Taschengeld erhalten, — es ist kein Wunder, dass sie sehr oft schon nach kurzer Zeit ihrem Arbeitgeber davonlaufen, in die Stadt zurückkehren, in der Hoffnung, dort doch irgendwie Arbeit oder Unter-schlupf bei Verwandten zu finden. Von dem jämmerlichen Los dieser Menschen lässt keine Arbeitslosenstatistik.

Neuerdings hat man neben der Einbehaltung des Arbeitsbuches ein anderes Mittel gefunden, um den Kuli an seinen Arbeitsplatz zu binden: die „Treueprämie“. Das Wort klingt nicht übel. Man könnte sich darunter so etwas vorstellen, wie eine Extravergütung, die derjenige Landprolet erhält, der eine gewisse Zeit lang an ein und demselben Arbeitsplatz sich getreulich abgemüht hat. Aber ach, die „Treueprämie“ ist ganz was anderes. Sie ist keine Prämie, sondern im Gegenteil eine Strafe. Wer ein Jahr lang seiner Zwangsarbeitsstätte die „Treue“ wahr, bekommt am Ende des Jahres den ihm zugesicherten Barlohn (lies: Taschengeld) gewährt. Es ist ihm vorher ganz einmal ausbezahlt. Es ist ihm vorher ganz oder grösstenteils einbehalten worden. Dass er das Geld überhaupt bekommt, ist — die „Treueprämie“. Denn wenn er auch nur einen Tag vor dem festgesetzten Zeitpunkt schwänzt, dann hat er überhaupt keinen Anspruch auf den Lohn bzw. den einbe-

Arisierung unerwünscht

Entindustrialisierung in Nordböhmen

Der 21. Mai hat das Nervensystem des Führers ein wenig aus dem Gleichgewicht gebracht. Er hatte sich gewöhnt, seine Strategie auf der Linie des schwächsten Widerstandes zu halten, und war peinlich überrascht, dass ein für schwach gehaltenes Volk mit grösserer Entschiedenheit seine Stärke zu zeigen wagt als die grossen Mächte. Eine zweite peinliche Überraschung für das Dritte Reich ist es, dass das jüdische Grosskapital des sudetendeutschen Gebiets nicht zuwartet, bis es von Hähnlein aus seinem Besitz herausgeworfen wird, sondern schon vorher sein Kapital den Folgen des Naziterrors entzieht. Und es ist eine dritte peinliche Überraschung, dass das jüdische Kapital nicht nach Amerika auswandert oder in eine andere dem Zugriff der nationalsozialistischen Räuber weniger zugängliche Gegend, sondern in das tschechische Gebiet, also dieses offenbar als einen gut geschützten Boden ansieht. Einige grosse jüdische Betriebe haben bereits ihren Firmensitz von Nordböhmen nach Prag verlegt, also gewissermassen einen Gegenboykott gegen den Naziboykott eröffnet. Die grossen Textilinteressen der Firma Pick in Oberleutersdorf sind von einer englischen Gruppe aufgekauft worden.

Man sollte meinen, dass diese Selbstarisierung von den Henleinleuten freudig begrüsst würde, denn man kann sich kaum eine kräftigere Wirkung des Boykotts gegen die Juden vorstellen, als dass das jüdische Kapital freiwillig den Staub sudetendeutschen Bodens von seinen Füssen schüttelt, so dass der Unterführer dem Obersten Führer bei seinem Einzug ein vom Einfluss jüdischen Kapitals reingefegtes Land zu Füssen legen kann. Das aber scheint Henlein gerade nicht zu wollen.

denn nichts hat die sudetendeutsche und reichsdeutsche Nazipresse so in Empörung versetzt wie der Uebergang des reichen Kohlenbesitzes der Familie Petschek an tschechisches Kapital. Die Nordböhmische Kohlenwerkgesellschaft, die Brüxer Kohlegesellschaft und die Verkaufsorganisation der Aussiger Montangesellschaft sind von einem von der Zivnostenska banka geführten Syndikat übernommen worden. Die Zivnostenska banka ist die grösste Bank der Tschechoslowakei und kontrolliert einen sehr erheblichen Teil der tschechoslowakischen Industrie. Henleins Spezialorgan „Die Zeit“ spricht von einem „Verschäubern deutschen Arbeitsraumes in tschechische Hände“, und „Der Völkische Beobachter“ fordert von der tschechoslowakischen Regierung, sie möge das Uebersteuern jüdischer Firmen aus dem sudetendeutschen Gebiet verhindern. Nach der Rassenlehre sind die Tschechen, wenn auch unterwärtige Arier, so doch immerhin Arier. Wie kommt es also, dass dem Führer die Jüdisierung des sudetendeutschen Arbeitsraumes erwünschter ist als seine Arisierung durch Tschechen? Wie das kommt, verrät „Der Sozialdemokrat“ in Prag der feststellt hat, dass den Petscheks die liberalistische Toleranz, die sie in ihren Betrieben haben walten lassen, schlecht verfallen worden ist. Sie haben nicht nur der Ausbreitung des Nazismus in ihren Betrieben freien Lauf gelassen, sondern sogar nur deutsche Beamte und Arbeiter beschäftigt, obwohl in den Gebieten ihrer Gruben die Bevölkerung zur Hälfte aus Tschechen besteht. Aber gerade unter der Beamtenschaft der Petscheks waren die wildesten Propagandisten des Nazitums und des Antisemitismus. Diese Zustände sind es hauptsächlich, die die Petscheks veranlassen haben, sich nach dem

21. Mai von ihrem Kohlenbesitz zu trennen.

Die jüdischen Besitzer haben also die jüdenfeindliche Agitation in ihren eigenen Betrieben nicht nur geduldet, sondern geradezu gefördert. Was die Nazis nun befürchten, ist, dass die Zivnobank etwas mehr als die Petscheks dem Gesichtspunkt der nationalen Gerechtigkeit Geltung verschaffen, deutsche durch tschechische Beamte ersetzen und der ungehemmten Ausbreitung des Nazitums in ihren Betrieben einige Schranken auferlegen könnten. Um das zu verhindern, versucht die Henleinpresse die Zivnobank zu terrorisieren. Sie erklärt die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der an der Transaktion mit den Petschekgruben beteiligten Gesellschaften für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der sudetendeutschen Partei, mindestens solange ihre Forderungen nicht erfüllt sind. Der Konzern der Zivnobank schliesst eine ganze Reihe sudetendeutscher Grossbetriebe in sich, so den Aussiger Chemischen Verein. Offenbar will man durch einen Druck auf die leitenden Beamten dieser sudetendeutschen Unternehmungen der Zivnobank Henleins Willen aufzwingen und sie veranlassen, der Nazipropaganda ebenso freien Lauf zu lassen, wie vorher die Petscheks.

Der Fall zeigt, dass das oberste Ziel des Nationalsozialismus imperialistische Eroberung ist und die Judenhetze nur eine Waffe in deren Dienst. Aber abgesehen davon, ist die Arisierung auch an sich ein Geschäft, und zwar das beste, das im Bereich des Nazitums zu machen ist, und gerade dieses Geschäft möchten sich die Hakenkreuzler solange aufsparen, bis ihnen der Führer die Möglichkeit verschafft hat, es ganz für sich zu monopolisieren. G. A. F.

Kanonen wichtiger als Blubo

Von der Erneuerung deutschen Blutes durch Blubo sind die gleichgeschalteten Romane voll, aber in der Praxis des Dritten Reiches ist davon weniger zu merken, als man darnach vermuten sollte. Seit 1928 ist noch nie so wenig Land zur Gründung neuer Bauernhöfe bereitgestellt, sind noch nie so wenig neue Bauernsiedlungen errichtet worden, wie 1937. Nach dem Jahrbuch des Reichsstatistischen Amtes wurde Land für bäuerliche Siedlungen erworben und bereitgestellt in ha:

1929	1932	1936	1937
147 115	81 737	82 225	63 174

Es waren also 1937 um 40 Prozent weniger als 1929 und um 0,5 Prozent mehr als 1932 bereitgestellt worden. Seit 1936 hatte sich die für diesen Zweck erworbene Fläche um 25 Prozent ermässigt.

Wieviel Bauernstellen sind auf dem dafür erworbenen Boden neugegründet worden?

1929	1932	1936	1937
5 444	9 046	3 308	1 785

Es waren also 1929 dreimal soviel, 1932 fast sechsmal soviel und sogar noch 1936 fast doppelt soviel neue Bauernstellen geschaffen worden als im abgelaufenen Jahr. Nun ist es allerdings dem Dritten Reich darum zu tun, die Entstehung einer Art grossbäuerlicher Aristokratie zu begünstigen, die sich an das Dritte Reich gebunden fühlt. Daher entfällt auf den einzelnen Bauernsiedler mehr Boden als in der Weimarer Zeit. Ausserdem war man darauf bedacht, bereits bestehende Gehöfte durch Landzulagen zu vergrössern. Aber selbst wenn man berücksichtigt, dass im Durchschnitt der einzelne Siedler mehr Land hat als früher entfällt, dass also die den Bauern für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellte Fläche nicht so stark zurückgegangen ist wie die Zahl der Siedler, so ist doch auch in der Grösse des Siedlungsbodens 1937 ein Minusrekord erzielt wor-

den. Die Gründung von Neubauernstellen betrug der Fläche nach in ha:

1929	1932	1936	1937
61 213	161 926	60 358	35 942

Fast umgekehrt verläuft allerdings die Kurve bei den Landzulagen, den sogenannten Anliegersiedlungen. Diese wurden bedacht in ha mit:

1929	1932	1936	1937
10 531	17 767	22 044	21 097

Also im ganzen eine Zunahme, aber auch hier wieder im letzten Jahr ein beachtlicher Rückgang. Zählt man aber Neusiedlungen und Ansiedlersiedlungen zusammen, so ergibt sich immer noch, dass im Verhältnis zur Weimarer Zeit und auch zu 1936 das Siedlungsland gewaltig beschnitten, die Siedlungstätigkeit mächtig eingeschränkt worden ist. Neubauernstellen und Anliegersiedlungen zusammen hatten eine Fläche in ha von:

1929	1932	1936	1937
71 744	119 693	82 402	57 039

Woher die plötzliche Einschränkung der Siedlungstätigkeit gerade im letzten Jahr? Offenbar weil die jungen Bauernsöhne notwendiger in der Wehrmacht gebraucht werden und weil ihnen dort und auf der Stufenleiter der Parteihierarchie eine bequemere Laufbahn winkt als auf den Bauernhöfen. Will man aber wissen, warum das Dritte Reich selbst die Erneuerung Deutschlands durch Blubo plötzlich abbläst, so braucht man nur die vertraulichen Anweisungen über die Verteilung der Eisenkontingente zu studieren. Da erfahren wir, (siehe Deutschland-Berichte 1937, Nr. 10), dass im Oktober 1937 die Reichswerke Hermann Göring unter die vordringlich mit Eisen zu Beliefernden eingereiht, zugleich aber der landwirtschaftliche Siedlungsbau und die „Bauten zur Umbildung des deutschen Bauerntums“ von der Liste der bevorzugten Kontingenträger abgesetzt worden sind. Kanonen sind eben nicht nur wichtiger als Butter, sondern auch wichtiger als Blubo.

Schuleland bei den Hermann Göringwerken

Die Kinder der zum Bau des neuen deutschen Rüstungszentrums „Hermann Göring-Werke“ im Salzgittergebiet bei Braunschweig zusammengezogenen Bauarbeiter werden in vollgepöppelten Klassen untergebracht. Der Bürgermeister der Stadt Salzgitter teilte mit:

... dass die Einwohnerzahl Salzgitters, die im Herbst noch 2 800 betragen hätte, inzwischen durch den starken Zuzug auf weit über 6 000 gestiegen sei. Schon für den kommenden Herbst sei mit einer Einwohnerzahl von 10 000 zu rechnen, sodass der Ort also innerhalb Jahresfrist seine Einwohnerzahl mehr als verdreifache... In den vorhandenen 3 Volksschulen sassen schon jetzt auf den für zwei Kinder eingerichteten Bänken drei und vier, es müsse vormittags und nachmittags Unterricht abgehalten werden und noch täglich kämen Neuanmeldungen.

In anderen Orten des neu entstehenden mitteldeutschen Rüstungsindustrievievers werden die Arbeiterkinder ähnlich vernachlässigt. Der Nazistat, der nicht genug Geld für prunkvolle Verwaltungspaläste und rauschende Feste verschwenden kann, hat angeblich kein Geld für ausreichende Schlafbaracken.

Miesmacher Goebbels

Aus einer kürzlich von Goebbels gehaltenen Rede (zitiert nach dem „Berliner Tageblatt“ 1938, Nr. 287—88):

„Oft erklären uns Besserwisser und Miesmacher, dass wir eigentlich in diesen ersten Zeiten überhaupt keine Feste feiern dürfen. Diesen Kritikern möchte ich sagen, dass je schwerer die Zeit ist, umso mehr Veranlassung besteht für eine wahre Volksführung, dem Volk Freude zu vermitteln. Ja, gerade in schweren Zeiten wird diese Tätigkeit zu einer wichtigen staatspolitischen Aufgabe!“

Ernste Zeiten? Schwere Zeiten? Feste blosses Befähigungsmittel gegen die Alltagsmisère? Nanu? Sollte etwa das deutsche Reich und Volk doch nicht so sehr in Glück und Seligkeit schwimmen, wie derselbe Herr Goebbels sonst gern zu behaupten beliebt?

Moral: Auch „Führer“ können manchmal — aus Versehen — die Wahrheit sagen.

Politische Gefangene zum Festungsbau gegen Frankreich. Seit einigen Wochen werden die politischen Gefangenen in grosser Zahl gezwungen, am Festungsbau im Saargebiet teilzunehmen. Allein in Niederwürzburg (Saargebiet) müssen dreihundert wegen ihrer pazifistischen, religiösen oder marxistischen Gesinnung verurteilte Männer an diesen Befestigungsarbeiten teilnehmen. Gleichzeitig sind alle pfälzischen und saarländischen Arbeiterpensionäre bis zu 65 Jahren für die Festungsarbeit mobilisiert worden. Wer sich weigert, geht seiner Unterstützung verlustig.

haltenen Teil des Lohnes. Eine hübsche, eine wahrhaft „sozialistische“ Einrichtung im Land der Volksgemeinschaft! . . .

Einige Betroffene haben den Mut gehabt, wider den Stachel zu löcken. Und die Sache ist eines Tages vors Reichsarbeitsgericht gelangt. Die Herren dieses hohen Rechtskörpers sind salomonisch weise Leute. Sie fällten ein Urteil, das dem toten Buchstaben des Gesetzes ebenso Rechnung trug, wie dem nur allzu lebendigen „Geist“ des braunen Sklavenhalterstaates. Jede vorläufige Lohninbehaltung sei unzulässig, — sagten die Richter. Aber andererseits sei zu empfehlen, dass die Tarifordnung abgeändert

werde. Nur ein kleiner Teil des jetzigen Landhelfer-Hungerlohns soll als „Lohn“ künftig bestehen bleiben und der dürfe nicht einbehalten werden. Die Differenz zum jetzigen Lohn könne dann am Schluss des Vertragsjahres als „Treueprämie“ ausbezahlt werden, vorausgesetzt, dass der Arbeitnehmer sich tatsächlich als „treu“ erwiesen habe. Andernfalls kriegt er gar nichts und ausserdem wird ihm das Arbeitsbuch weggenommen.

Kurz: die widerrechtliche Lohnvorenthaltung ist vom Reichsarbeitsgericht sanktioniert und nur mit einem neuen Etikett versehen worden.

Berichte aus Deutschland

Tragödie einer Frau Genossin Milda Günther tot

Die „Leipziger Neusten Nachrichten“ brachten am 9. Juni eine Todesanzeige für Frau Milda Günther „die plötzlich und völlig unerwartet an einem ‚seelischen Leiden‘ verschieden ist.“ Was hat die 41jährige gesunde Frau, Mutter eines Sohnes, in den Gastod getrieben?

Milda Günther war die Frau unseres Kurt Günther, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Im Januar dieses Jahres ging die Strafe des Genossen Günther zu Ende, seine Frau durfte die Rückkehr ihres Mannes erwarten. Kurt Günther wurde jedoch nicht freigelassen, sondern in das berüchtigte Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar gebracht. Nun sank die Hoffnung der Frau, ihren Mann wieder zu sehen, immer mehr dahin. Am 2. Pfingstfeiertag machte Frau Günther ihrem Leben ein Ende. Wie gross müssen die Qualen dieser Frau gewesen sein, wie sinnlos ihr Leben in diesem „Vaterland“, dass sie auch von ihrem Sohne davonging!

Am 11. Juni wurde die Leiche eingesechert. Kurt Günther konnte an der Beisetzung seiner Frau nicht teilnehmen. Im Konzentrationslager Buchenwald ist Urlaubssperre bis Oktober, weil sich zwei Flüchtlinge ihres überwachenden Schergen entledigt haben.

Milda Günther gehört zu den Märtyrerinnen, ihr Opfer ist für die Menschlichkeit gebracht, es ist uns Mahnung und Verpflichtung.

Lohnkürzungen in der Rüstungsindustrie

Aus dem Betriebe der „Hanomag“-Automobil- und Schlepperbau AG., Hannover, wird berichtet:

„Wie Ihr Euch denken könnt, sind wir mit Panzerplatten, besondere für Einmannwagen, Handgranaten und 15 cm. „Thermoflaschen“ (Granaten) und ähnlichem Gerät vollauf beschäftigt, so dass wir nicht über Arbeitsmangel, sondern nur über Anstrengung und Schinderei zu klagen haben. Arbeit gibt es; aber die Löhne! Vor anderthalb Jahren hatte ich einen Stundenlohn von 80 Pfg., heute habe ich 62 Pfg.; damals hatte ich in der Woche 40 Mark, heute habe ich 24 Mark. In der schlechten alten Zeit waren es über eine Mark Stundenlohn. Rund 30 Mark sind es heute in der Woche; davon gehen 6 Mk. ab an Beiträgen. Und dabei sind noch nicht Beiträge für NSV und derartiges. Für die NSV ist bei diesen Löhnen nichts mehr zu besorgen. Woher kommt diese Verschlechterung? Leider muss man sagen, dass sie nicht möglich wäre, wenn die Arbeiter selbst vernünftig wären. Ja, wenn wir... die wir uns ja kennen, unter uns wären! Aber wir haben zu Tausenden die Leute aus dem Saargebiet und aus dem Ruhrgebiet. Die Leuten sind die Schlimmsten. Die Familien sind nicht mit hier, und um der Familie was schicken zu können, arbeiten sie darauf los. Sie haben ebenfalls 62 Pfennig, nicht mehr. Angelernte machen dieselbe Arbeit sogar für 56 Pfennig. Rechnet Euch aus, was sie in der Woche haben. Also anstatt auf einen Familienzuschlag zu drängen, schuffen sie los und verderben die Löhne. Wir haben unsere Last mit ihnen. Solidarität gibt es eben nicht bei allen Arbeitern. Wir haben die Löhne doch halten können bis diese Zuwanderung kam. Der Akkord ist um 25 Prozent verschlechtert. Und man kann sich nicht vorstellen, was wir für Scherereien mit Ausschuss haben. Wenn es so weitergeht, müssen wir den Ausschuss wohl noch bezahlen. Kurz: es ist helle Freude.“

Überigens haben wir neulich einen Betriebsausflug, wie sich das nennt, gemacht. Betriebsgemeinschaft, oho! Kosten pro Mann 2,50 Mk. für Verheiratete 5 Mk. wurde vom Lohn vorher abgezogen, damit auch alle mitgingen. Dafür gab es eine Portion Sauerkraut und zwei Glas Bier (zu 10 Pfg.). Es war eine üble Stimmung, herzstärkende Reden mit anschließender Schlagererei. Bei der Conti und Leinhausen (Reichsbahnbaubesserungswerk) war es dasselbe.“

Vom Stimmungsverfall

Überorganisation - SS unbeliebt - Murren in der SA

Aus Westdeutschland wird den „Deutschlandberichten“ des Sozialdemokratischen Parteivorstands geschrieben:

Eine immer wiederkehrende Erfahrung ist es, dass die Menschen ganz allgemein des Systems der totalen Erziehung überdrüssig sind, das von der nationalsozialistischen Bewegung zwar intensiv, aber nicht mit grossem psychologischen Verständnis angewandt wird. Man geht nicht von dem Gedanken aus, das Volk zu gewinnen, sondern man glaubt, dass man das Volk hat und kommandiert es auf allen Lebensgebieten. Die intensive nationalsozialistische Erziehung wird geleistet im Jungvolk, der Hitlerjugend, dem Bund deutscher Mädchen, im Arbeitsdienst, in der Wehrmacht, dann in der SA, SS, in NSKK und NSFK, in der Partei, der NS-Frauensschaft, NSV, in Fachschaften und den anderen Organisationen der Arbeitsfront. Diese Überorganisation ermüdet, — es ist zu viel.

Aber dazu kommen noch besondere Erziehungsmaßnahmen, wie Reichsberufswettkämpfe, Leistungskämpfe der Betriebe, Spar- und Sammelaktionen zur Durchführung des Vierjahresplanes, Winterhilfswerk; besondere Organisationen, wie Reichskolonialbund und Reichsluftschutzbund, in denen ebenfalls jeder Deutsche mitarbeiten soll.

Mit dieser Überfütterung erreicht man, wie deutlich wahrzunehmen ist, das Gegenteil dessen, was man zu erreichen beabsichtigt: die Menschen fühlen sich glücklich, wenn sie die Massenveranstaltungen verlassen haben und sich ihrer persönlichen Sphäre wieder hingeben können. Die Gemeinschaft wird im nationalsozialistischen Staat etwas Erzwungenes, Kommandiertes. Man freut sich, dass man sie fliehen kann. Wieviel Kniffe und Tricks werden erfunden, um sich von Veranstaltungen drücken zu können!

Von einer erheblichen Verschlechterung der Stimmung wird aus SA-Kreisen berichtet: Die Dienstmüdigkeit ist so gross, dass an Sturmabenden oft nicht einmal zehn Mann eines Sturms sich einfinden. Der

Grund der tiefgehenden Misstimmung ist, dass die SA mit ihrer Aufgabe, die heute in der wehrsportlichen Erziehung der männlichen Jugend besteht, unzufrieden ist. In der SA wird offen darüber geäußert, dass ja heute die SA nicht mehr als ein Sportverein sei. Man macht sich darüber lustig dass die SA-Führer von „dem grossen und ewigwährenden weltanschaulichen Auftrag der SA“ reden, während der Dienst lediglich in Gepäckmärschen besteht und die SA-Leute nichts weiter zu sagen haben. Es besteht ein tiefer Groll darüber, dass die SS-Polizei besonders die SA-Leute streng überwacht, weil sie für gefährlich gehalten würden.

Auch die SA-Führung kennt diese Stimmung unter den Mannschaften. Der Stabschef Lutze schloss bei einem Führerappell mit den Worten: „Mögen die anderen lachen und spotten, mögen sie uns verachten und verspotten, wir wissen, warum wir leben. Wir wollen nicht ohne Inhalt durchs Leben tänzeln und dann später langsam, aber sicher verspiessern. Wir SA-Männer wollen als Kerle leben, als Kerle kämpfen und als Kerle sterben.“ Lutze weiss; dass die SA verspottet wird, weil sie früher dem Nationalsozialismus durch ihren Terror zur Macht verhalf, heute gar nichts mehr zu sagen hat und sich nicht in irgendwelche politischen Dinge mischen darf. In manchem SA-Mann erwacht heute seine Vergangenheit und wird für oppositionelle Gedanken ein aufnahmefähiger Boden bereitet.

Unverhohlen wurde im Anschluss an einen grossen politischen Prozess, bei dem die Angeklagten sich mutig zeigten, aus SA-Kreisen Bewunderung für diese Menschen geäußert, die für ihre Ideen gegen den übermächtigen Staat kämpften und wirkliche Opfer brachten. Es scheint, dass der Führer der Gruppe Niedersachsen der SA gegen solche Stimmungen nicht energisch genug aufgetreten ist. Er wurde abgesetzt. Bei der Einführung des Nachfolgers führte der Leiter des Personalamtes der Obersten SA-Führung aus, man hoffe, dass die Gruppe Niedersachsen jetzt den richtigen

Führer habe, und man hoffe, dass die Gruppe bald eine Fühlung zu dem neuen Gruppenführer herstelle und ihm willig folge.

Es ist besonders zu merken, dass unter der Jugend ein starker Ueberdruß der nationalsozialistischen Organisationsarbeit und diesem totalen Erziehungssystem begegnet. Welche Bedeutung hat das für die SA? Dass junge Leute keine Lust haben, der SA beizutreten, obwohl der Dienst in der SA als Auszeichnung und Ehre empfunden werden soll und obwohl der Dienst in der SA die Zugehörigkeit zur SS dem jungen Manne grosse Vorteile verschafft! Während der Arbeitsdienstzeit hat der Lagerführer die besten und brauchbarsten Leute aus den Arbeitsmännern auszusuchen. Die besten und brauchbarsten Leuten werden dann bei der Beendigung des Arbeitsdienstes nahegelegt, in die SS einzutreten.

Aus verschiedenen Arbeitsdienstlagern haben wir Mitteilungen über den Erklärungsprozess dieser Aufforderung des Lagerführers erhalten. In einem Lager wurden 38 Mann ausgesucht; davon erklärte sich ein Mann bereit, der SS beizutreten. In einem anderen Lager traten von 32 ausgesuchten Leuten zwei der SS bei, und in einem dritten Lager von 25 ausgesuchten Leuten ein einziger! Diese Weigerung, der bevorzuchten Truppe beizutreten, hat eine besondere Bedeutung, da sie von jungen Leuten erfordern die Zugehörigkeit zur SS, wie wohl wissen, das Fortkommen erheblich erleichtern würde. Die jungen Leute sagen sich, dass sie noch zwei Jahre Militärdienstzeit vor sich haben und dann dem Drill fertig sind; während sie in der SS ständig den Drill zu ertragen haben und ausserdem noch für andere Zwecke eingesetzt werden, von denen ein normal empfindender Mann Abscheu hat: Spitzeldienste, Beobachtung der Gesinnungsfreundlichen, polizeiliche Aktionen, Misshandlung von Verdächtigen und missliebiger Staatsbürger usw. Man darf solche Weigerung nicht unterschätzen! Sie ist sehr bedeutungsvoll. Arisierung unerwünscht.

Das grosse Schweigen

Ein typisches Merkmal vom Verhältnis zwischen „Mutter und Kind“ wird uns aus Hamburg mitgeteilt:

Der 18jährige Sohn eines Freundes arbeitet in der Lüneburger Heide. Der Junge ist sonst im Wesen und allen Familienangehörigen gegenüber sehr frei und offenerzig; — nur darf man nicht über Arbeitsverhältnisse reden. Dann wird der Junge befangen, verlegen und macht sich Gewissensbisse. Der Junge geht morgens in aller Frühe weg, fährt mit der Bahn eine Strecke, muss dann umsteigen in ein Lastauto... und abends kommt er spät wieder. Er hat einen guten Lohn. Die geheime Arbeit darf er nicht aufgeben, da er dann „erledigt“ ist. Die eigene Mutter darf nicht wissen, wie und wo ihr Junge sein Brot verdient. Sie ahnt es aber! Es ist ja nicht die einzige Mutter, die ein banges Ahnen in sich trägt. Das ganze Volk ist schwer davon erfüllt. Spionagefurcht.

Spionage in einer staatlichen Munitionsfabrik

Auf dem Grundstück der Hackethal Draht- und Kabelwerke in Hannover ist eine staatliche Munitionsfabrik (ohne Firmenbezeichnung) untergebracht, in der etwa 350 Arbeiter beschäftigt werden. Eines Vormittags erschien ein grösseres Gestapokommando im Betriebe und führte den Direktor sowie drei leitende Angestellte fort. Am übernächsten Tage waren die Verhafteten wieder im Betriebe, aber schon am nächsten Tage wurden sie wieder verhaftet. Der Betrieb arbeitet eine Woche weiter; dann wurden sämtliche Arbeiter im Betriebe Hackethal Draht- und Kabelwerke mit Gelegenheitsarbeiten beschäftigt, um sie nicht zu entlassen. Der Betrieb wurde nicht wieder aufgemacht. Nach einiger Zeit erfuhren die Arbeiter, dass die verhafteten leitenden Angestellten der staatlichen Munitionsfabrik wegen Spionage verhaftet seien. Sie alle galten für durchaus zuverlässig; sonst würden sie wahrscheinlich auch nicht in einem solchen Betriebe auf verantwortlichen Posten beschäftigt worden sein.

Spionagefurcht

Die Frau eines zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Arbeiters bekam keine Wohlfahrtsunterstützung mehr mit dem Hinweis, sie solle sich Arbeit suchen. Die Frau machte trübe Erfahrungen. Nach längerem vergeblichen Suchen wandte sie sich an die Leichtmetallwerke in Hannover. Als sie dort angab, dass ihr Mann wegen politischer Betätigung verurteilt sei, wurde geantwortet: Wenn Ihr Mann wegen seiner politischen Betätigung verurteilt ist, dann können wir Sie nicht beschäftigen; denn dann sind sie ja imstande, Spionage zu treiben.

Massenverhaftungen Vom inneren Kriegsschauplatz

Im Zusammenhang mit den Truppenkonzentrationen gegen die Tschechoslowakei haben in den letzten Wochen grosse Massenverhaftungen in Oberschlesien stattgefunden, die zeigen, dass sich die Regierung bei ihrem Kurs gegen die Tschechoslowakei einer bedeutenden Opposition der Bevölkerung gegenüber sieht. Die Gestapo warf sich bei ihrer Aktion besonders auf die Gruben, Fabriken und Wohnviertel, in denen Flugblätter gegen den beabsichtigten Ueberfall auf die Tschechoslowakei verbreitet worden waren.

In Neisse, wo seit dem 19. Mai nicht weniger als 20 000 Soldaten zusammengezogen sind, wurden 150 Personen, darunter sogar Soldaten und ganze Familien verhaftet. Die Mehrzahl der Festgenommenen sind Bergarbeiter. In Ziegenhals beträgt die Zahl der Verhafteten über 50. Im Kreis Gross-Strehlitz, wo 70 Personen festgenommen wurden, befinden sich unter ihnen viele Katholiken. In Kosel wurden 25 Personen, insbesondere Eisenbahner, in Leobschütz 30 und in Katscher 12 Kleinbauern und Arbeiter gekettet abgeführt. In Hindenburg beläuft sich die Zahl der Verhafteten auf 157. Ein Teil der Verhafteten wurde sofort mit Sonderzug nach Brandenburg transportiert.

Bei den Verhaftungen spielten sich erschütternde Szenen ab. Kinder umklam-

merten ihre Eltern und schrien laut um Hilfe. Allein von zwei verhafteten Elternpaaren wurden 7 kleine Kinder ins Waisenhaus gebracht. Die Erregung über diese Massenarrestationen ist in der Provinz noch so grösser, als die Verhafteten schwerwiegenden Misshandlungen ausgesetzt sind, denen der Arbeiter Mainka aus Biskupitz erlag. Er wurde am 4. Juli unter ausserordentlichen grosser Anteilnahme der Bevölkerung begraben.

Der Kampf gegen die Katholiken

Aus Oberbaden wird uns mitgeteilt: Der Kampf gegen die katholischen Institutionen, der vor Wochen etwas in Oberbaden abgeflaut war, geht nun wieder von neuem los. Jetzt geht man immer mehr dazu über, die religiösen Schwestern und der Krankenpflege auszuschalten und durch braune Schwestern zu ersetzen. Auch werden immer mehr Kinderschulen von Nazischwestern betreut. Selbst in katholischen Ortschaften, wie Messkirch, Stockach usw. Das hätten sich die dortigen in den früheren Jahren gegen die Sozialdemokraten geradezu fanatisierten Katholiken wohl auch nicht träumen lassen. Die Katholiken rechnen übrigens darauf, dass der gesamte Religionsunterricht kurz oder lang aus der Schule verschwinden wird und die Pfarrer nur noch in der Kirche oder in sonstigen eigenen privaten Räumlichkeiten Religionsunterricht erteilen können. Hierauf richten sich die Pfarrer auch bereits ein. Katholische Kirchengemeinden beabsichtigen, Häuser zu erstellen mit einem Gemeindesaal, wo gehalten werden kann. Es mehren sich auch die Fälle, dass den Pfarrern die Erteilung des Religionsunterrichts verboten wird. In neuester Zeit dem Pfarrer Hirth in Rielasingen.

Erbhöfe in Oesterreich. Nach einer am 27. Juli erlassenen Verordnung tritt das Reichserbhofgesetz mit den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften am 1. August 1938 im Lande Oesterreich in Kraft. Die Bestimmungen des alten Reiches werden ohne sachliche Aenderung übernommen.

Die deutsche Handelsbilanz

Ungünstige Entwicklung des deutschen Aussenhandels

Der deutsche Aussenhandel nimmt keine günstige Entwicklung. Der Juni- und Ausfuhr, und zwar in annähernd gleichem Umfang. Der Aussenhandel des gesamten deutschen Wirtschaftsgebiets, aber einschliesslich Oesterreichs, zeigt im Juni eine Einfuhr von 485,5 Millionen Reichsmark und eine Ausfuhr von 436,2 Millionen. Die Passivität der Handelsbilanz beträgt also 49,3 Millionen, gegenüber 50,5 Millionen im Mai und 24,9 Millionen im April. Nicht minder wichtig als die Fortdauer der Passivität, die in sämtlichen Monaten des ersten Halbjahres 1938 mit Ausnahme des März zu verzeichnen ist und durch Abgabe aus den Devisenreserven schliesslich beglichen werden muss, ist die Abnahme des Handelsvolumens. Die Juni-Einfuhr ist um 32,1 Millionen oder annähernd 6 Prozent geringer als die im Mai, die Ausfuhr um 29,3 Mill. oder 6,5 Prozent. Der Ausfuhrückgang war am stärksten bei dem für Deutschland wichtigsten Posten, bei den Fertigwaren. Betrachten wir nun die Ergebnisse des ersten Halbjahres für das alte Reichsgebiet, aber ohne den Handelsumsatz zwischen Deutschland und Oesterreich, so betrug die Einfuhr 2697 Millionen Reichsmark gegenüber 2480 Millionen im ersten Halbjahr 1937. Die Einfuhr ist also um 217 Millionen oder fast 9 Prozent gestiegen. Dabei war die deutsche Wirtschaft noch durch den starken Fall der Rohstoffpreise begünstigt, der erst seit kurzem einer neuen Aufwärtsbewegung Platz macht, während die Preise der Industrieprodukte in dieser Zeit noch anzogen. Dem Volumen nach betrug deshalb die Steigerung der Einfuhr sogar 13 Prozent, da die Einfuhrpreise um 4 Prozent niedriger lagen als 1937. Am grössten war die Zunahme im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, im Wert um 9 Prozent und im Volumen um 16 Prozent. Es wurden vor allem mehr Rohstoffe und Halbwaren eingeführt, um die Rüstungsindustrie noch mehr vorantreiben zu können. Aber auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln lag dem Wert nach um rund 8 Prozent und dem Volumen nach um rund 9 Prozent über dem Vorjahresumfang. Das beweist wieder einmal, dass die Darré'sche Agrarpolitik ohne Erfolg bleibt und für das jetzt beginnende Getreidejahr wird mindestens dieselbe Einfuhr sich als notwendig erweisen wie in dem zu Ende gegangenen.

Die Ausfuhr betrug 2583 Millionen Reichsmark gegen 2656 Millionen im ersten Halbjahr 1937. Sie ist also um 73 Millionen oder um rund 3 Prozent zurückgegangen. Da die Ausfuhrpreise im Durchschnitt gestiegen sind, betrug nach der Angabe des statistischen Reichsamts der Ausfuhrückgang dem Volumen nach 10 Prozent. Dabei ist es bemerkenswert, dass die Abnahme der Ausfuhr sich in der letzten Zeit verstärkt. Die Handelsbilanz ergibt für das erste Halbjahr 1938 ein *Passivum* von 14 Millionen gegenüber einem Ausfuhrüberschuss von 176 Millionen im Vorjahr; das ist also eine Verschlechterung von nicht weniger als 290 Millionen.

Die zunehmende Passivität der Handelsbilanz und die Abnahme des Exports erfüllen die deutschen Wirtschaftskreise mit steigender Sorge. Das Konjunkturinstitut stellt dem deutschen Export eine wenig günstige Prognose und meint, dass die Exportsituation Deutschlands in den nächsten Monaten noch schwieriger werden wird. Es verweist insbesondere auf den deutschen Ausfuhrückgang nach Ostasien, der bekanntlich durch die Verhinderung der freundlichen Politik Hitlers noch besonders gross geworden ist. Aber es gibt gewichtige Gründe. Die deutsche Ausfuhr ist behindert einmal durch die gegenüber dem Weltmarkt höherer

deutschen Preise, die nur mühsam durch das kostspielige Subventionsverfahren ausgeglichen werden können. Zweitens durch die langen Lieferfristen, die die deutschen Industriellen fordern müssen, die durch die Rüstungs-, Autarkie- und Bauaufträgen übermässig beansprucht werden. Die langen Lieferfristen beruhen aber noch auf einem anderen Umstand, auf den der „Deutsche Volkswirt“, das Organ Schachts, hinweist; nämlich auf der Unzulänglichkeit der Rohstoffversorgung. Zwar ist die Rohstoffversorgung, wie wir gesehen haben, gegenüber dem Vorjahr zunächst reichlicher geworden. Aber die zusätzlichen Rohstoffe werden so wie die neuen Arbeitskräfte von der Rüstungsindustrie mit Beschlag belegt und die Exportindustrie hat das Nachsehen.

Jedenfalls konstatiert der „Deutsche Volkswirt“, dass nach wie vor infolge Fehlens bestimmter Materialien Einzelteile von Exportprodukten nicht rechtzeitig hergestellt werden können, sodass in der Ablieferung Verzögerungen entstehen. Die Forderung des Blattes, den Rohstoffbedarf der Ausfuhrindustrie in erster Linie zu befriedigen, stösst auf den übermächtigen Widerstand der Wehrwirtschaft.

Die Aussichten, die Passivität der Handelsbilanz durch Steigerung des Exports zu beseitigen, bleiben also gering. Der Versuch, den Umfang der Einfuhr trotz sinkenden Exports trotzdem aufrechtzuerhalten, indem man, wie in den Jahren 1935 und 1936, die im Clearingverkehr entstehenden Schulden nicht bezahlt, also Zwangsanleihen bei den

Der von dem englischen Blatt „News Chronicle“ enthüllte Vortrag des Generals von Reichenau ist, wie zu erwarten war, von der Nazi-Presse „schlagartig“ demontiert worden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass der vom „News Chronicle“ mitgeteilte Inhalt sich durchaus mit dem deckt, was der deutsche Untertan früh und spät in staatlich kontrollierten Druckerzeugnissen über die Einkreisung des Britenreiches serviert erhält.

Da ist z. B. vor einigen Wochen in einem Leipziger Verlage das Buch eines sicheren Anton Zischka erschienen „Italien in der Welt“, zwanzig Druckbogen stark. Wovon handelt es? — Von der ersten bis zur letzten Seite zieht sich wie ein roter Faden grinsende Schadenfreude des Verfassers über England — das senil gewordene, in demokratischen Illusionen eingesponnene Albion, das sich, wenn man dem Verfasser Glauben schenkt, Zug um Zug dem zielbewussten, gerissenen, energischen Mussolini hat übertölpeln lassen, das seine Machtstellung im Mittelmeer wie im Roten Meer bereits verspielt hat und das bei nächster Gelegenheit aus Aegypten herausgesetzt werden wird . . .

Der Schriftsteller Zischka lohnt keine ausführliche Betrachtung, wenn er auch ausserordentlich produktiv ist. Aber die Bücher, mit denen er das deutsche Lesepublikum überschwemmt, das keine Möglichkeit besitzt, das Dargebotene an objektiven Gegenschriften zu kontrollieren, das sich daher an derartigem „Schrifttum“ geistig über das Weltgeschehen orientiert, — diese Bücher sind das Musterbeispiel einer sich selber weiterzuchtenden politischen Halb- bildung: — man könnte unfreundlicher auch sagen: einer methodisch volksvergiftenden Geschichtsfälschung.

Dafür nur ein Beispiel: Um dem Faschismus einen höheren Nimbus zu verleihen, lässt Zischka ihn bereits im Jahre 1890 statt im Jahre 1919 geboren werden. Damals gab es nämlich eine revolutionäre Landarbeiterbewegung auf Sizilien, in deren Namen das Wort „Fasci“ vorkommt, die „Fasci revolutionari“. Auf Grund der äusseren Namensähnlichkeit wird die proletarische und revolutionäre Bewegung der sizilischen Landarbeiter, die gegen die Grossgrundbesitzer und gegen die — damals wie heute — die Latifundien schützende Staatsgewalt kämpfte, Beginn des heutigen Faschismus erhoben. Die drei Jahrzehnte zwischen 1890 und 1919 sind freilich schwer auszufüllen, deshalb macht Zischka aus den Mailänder Arbeiterunruhen von 1898 „faschistische Unruhen“, aus den „Cooperative rossi“, den roten Genossenschaften der norditalienischen Kleinbauern, Tagelöhner und Kleinpächter — faschistische Genossenschaften! Mit ebensoviel Recht könnte er behaupten, das Sozialistengesetz Bismarcks von 1878 sei zur Unterdrückung der Nationalsozialisten in Deutschland erlassen worden!

Aber dies nur als Beleg, wie das deutsche Volk heute systematisch über die klarsten geschichtlichen Zusammenhänge getäuscht wird. Das Buch Zischkas ist vor allem charakteristisch für die systematische antillegale Hetze, die alles Weltgeschehen bereits ausschliesslich im Lichte des kommenden Krieges gegen das britische Imperium sieht.

Jedenfalls konstatiert der „Deutsche Volkswirt“, dass nach wie vor infolge Fehlens bestimmter Materialien Einzelteile von Exportprodukten nicht rechtzeitig hergestellt werden können, sodass in der Ablieferung Verzögerungen entstehen. Die Forderung des Blattes, den Rohstoffbedarf der Ausfuhrindustrie in erster Linie zu befriedigen, stösst auf den übermächtigen Widerstand der Wehrwirtschaft.

Die Aussichten, die Passivität der Handelsbilanz durch Steigerung des Exports zu beseitigen, bleiben also gering. Der Versuch, den Umfang der Einfuhr trotz sinkenden Exports trotzdem aufrechtzuerhalten, indem man, wie in den Jahren 1935 und 1936, die im Clearingverkehr entstehenden Schulden nicht bezahlt, also Zwangsanleihen bei den

Die „geschichtliche“ Einleitung des Buches zielt bereits dahin; sie setzt nämlich den Kampf des alten Rom gegen die Nebenbuhlerin Carthago in Parallele mit dem erwarteten Krieg Italiens gegen England, wobei England natürlich den Platz des besiegten, untergegangenen und zerstörten Karthagos einnimmt. Der Verfasser entdeckt sogar ein „Gesetz“, wonach Imperien, die sich auf den Seehandel gründen, weniger haltbar sind als agrarisch fundierte Mächte; vierhundert Jahre beträgt angeblich ihre durchschnittliche Lebensdauer und die sind — merkste was? — bei England jetzt so ziemlich abgelaufen.

Das moderne Italien wird gepriesen, weil es sich gegen den Willen Grossbritanniens aufgelehnt und die Annexion Abessinien ausgesprochen hat. Damit habe es sich eigentlich erst als Grossmacht erwiesen:

„Im Falle Abessinien versagte zum erstenmal in der modernen Geschichte Englands Kunst, tödliche Koalitionen zu schaffen. (Von Englands vergeblicher Intervention in Sowjet-Russland weiss der Verfasser ansehend nichts, J. C.) Ist das ein Zeichen, dass Napoleon recht behält, der . . . von Elba aus prophezeite: England werde verrecken wie das stolze Venedig? — Es braucht ja nicht Italien direkt zu sein, das diesen Fluch wahr macht.“

Die Besetzung Tripolitaniens, die Vernichtung der Senussi-Stämme in der Oase Kufra, vor allem auch der Vertrag mit Frankreich vom Januar 1935, wodurch Frankreich ein grosses Stück Wüstengebiet an Italien abtrat, — all das schildert Zischka als den methodischen Aufbau strategischer Positionen durch Italien gegen das britische Imperium, zur Gefährdung der englischen See- wie Landverbindungen. So heisst es über den Vertrag von 1935:

„Nun, trotz allem Nichtbescheidwissen hatte zum mindesten ein Teil genau gewusst, was er wollte. Der von Frankreich abgetretene Teil des Tibesti erweitert Lybien nach Südosten; das nun errungene Gebiet bringt Italien nicht an den Tschadsee näher, von dem es noch immer 800 km. trennen, sondern Karthum und Faschoda, dem anglo-ägyptischen Sudan also und Aegypten. War das also der Sinn all der Opfer für Lybien gewesen? Hatte man Lybien immer nur als Sprungbrett für Aegypten und Landweg nach Aethiopien gebraucht?“

Weiter dann über den Ausbau der Häfen Tripoli und Benghasi:

„Benghasi Piers, die 15 Millionen Mark kosteten, wurden erst 1936 fertiggestellt. Im gleichen Jahr wurde auch eine Küstenstrasse eröffnet die 813 km. lang durch die syrische Wüste führt und für die wirtschaftliche Erschliessung der ägyptischen Randgebiete ebenso wichtig ist wie für eventuelle Truppentransporte und den Transport schwerer Küstenbatterien. Zwei Punkte dieser Strasse . . . wurden 1936 als Flagstützpunkte ausgebaut und Tobruk schon früher zu einer Luftbasis ersten Ranges gemacht. Balbo liess überall in den wasserlosen Wüsten „Futteroasen“ anlegen, riesige Stapel gepressten Grünfutters für die „weissen Schwadronen“, die Kamelreitertruppen der Eingeborenen.“

Lybien ist arm, aber es liegt an einer der strategisch wichtigsten Stellen des Mittelmeers. . . . Trotz der Expeditionen in den Jahren 1665 und 1728 bleiben die Tripolitaner eine Gefahr für die Schiff-

Lieferländern aufnimmt, ist ebenfalls wenig aussichtsreich, da die anderen Staaten sich dieses Vorgehen nicht gefallen lassen. Die Gold- und Devisenvorräte selbst müssen als Kriegsschatz sorgsam gehütet werden. So gerät die deutsche Wirtschaft zu dem Zeitpunkt, in dem sie die eigenen menschlichen und materiellen Produktivkräfte für Aufrüstung und Autarkie bis auf das äusserste angespannt hat, unter den neuen Druck; die zur Aufrechterhaltung einer solchen Vollausnutzung benötigte Einfuhr an Rohstoffen droht sich gerade in dem Moment zu vermindern, wo ihre Steigerung am dringendsten wäre. Immer tiefer muss sich die Wehrwirtschaft in die von ihr geschaffenen Widersprüche verstricken.

Dr. Richard Kern.

Die Bedrohung Englands

Die wahren Absichten der Achse

Die „geschichtliche“ Einleitung des Buches zielt bereits dahin; sie setzt nämlich den Kampf des alten Rom gegen die Nebenbuhlerin Carthago in Parallele mit dem erwarteten Krieg Italiens gegen England, wobei England natürlich den Platz des besiegten, untergegangenen und zerstörten Karthagos einnimmt. Der Verfasser entdeckt sogar ein „Gesetz“, wonach Imperien, die sich auf den Seehandel gründen, weniger haltbar sind als agrarisch fundierte Mächte; vierhundert Jahre beträgt angeblich ihre durchschnittliche Lebensdauer und die sind — merkste was? — bei England jetzt so ziemlich abgelaufen.

Das moderne Italien wird gepriesen, weil es sich gegen den Willen Grossbritanniens aufgelehnt und die Annexion Abessinien ausgesprochen hat. Damit habe es sich eigentlich erst als Grossmacht erwiesen:

„Im Falle Abessinien versagte zum erstenmal in der modernen Geschichte Englands Kunst, tödliche Koalitionen zu schaffen. (Von Englands vergeblicher Intervention in Sowjet-Russland weiss der Verfasser ansehend nichts, J. C.) Ist das ein Zeichen, dass Napoleon recht behält, der . . . von Elba aus prophezeite: England werde verrecken wie das stolze Venedig? — Es braucht ja nicht Italien direkt zu sein, das diesen Fluch wahr macht.“

Die Besetzung Tripolitaniens, die Vernichtung der Senussi-Stämme in der Oase Kufra, vor allem auch der Vertrag mit Frankreich vom Januar 1935, wodurch Frankreich ein grosses Stück Wüstengebiet an Italien abtrat, — all das schildert Zischka als den methodischen Aufbau strategischer Positionen durch Italien gegen das britische Imperium, zur Gefährdung der englischen See- wie Landverbindungen. So heisst es über den Vertrag von 1935:

„Nun, trotz allem Nichtbescheidwissen hatte zum mindesten ein Teil genau gewusst, was er wollte. Der von Frankreich abgetretene Teil des Tibesti erweitert Lybien nach Südosten; das nun errungene Gebiet bringt Italien nicht an den Tschadsee näher, von dem es noch immer 800 km. trennen, sondern Karthum und Faschoda, dem anglo-ägyptischen Sudan also und Aegypten. War das also der Sinn all der Opfer für Lybien gewesen? Hatte man Lybien immer nur als Sprungbrett für Aegypten und Landweg nach Aethiopien gebraucht?“

Weiter dann über den Ausbau der Häfen Tripoli und Benghasi:

„Benghasi Piers, die 15 Millionen Mark kosteten, wurden erst 1936 fertiggestellt. Im gleichen Jahr wurde auch eine Küstenstrasse eröffnet die 813 km. lang durch die syrische Wüste führt und für die wirtschaftliche Erschliessung der ägyptischen Randgebiete ebenso wichtig ist wie für eventuelle Truppentransporte und den Transport schwerer Küstenbatterien. Zwei Punkte dieser Strasse . . . wurden 1936 als Flagstützpunkte ausgebaut und Tobruk schon früher zu einer Luftbasis ersten Ranges gemacht. Balbo liess überall in den wasserlosen Wüsten „Futteroasen“ anlegen, riesige Stapel gepressten Grünfutters für die „weissen Schwadronen“, die Kamelreitertruppen der Eingeborenen.“

Lybien ist arm, aber es liegt an einer der strategisch wichtigsten Stellen des Mittelmeers. . . . Trotz der Expeditionen in den Jahren 1665 und 1728 bleiben die Tripolitaner eine Gefahr für die Schiff-

fahrt des Mittelmeers. Dabei besaßen sie nicht einmal die Malta gegenüberliegende heute überaus stark befestigte italienische Insel Pantellaria.“

Weiter heisst es im Text:

„Seit der Grenzregulierung vom 7. Januar 1935 gehören der 2500 Meter hohe Emin Hessu und der 3400 Meter hohe Emin Kuissi, die strategisch wichtigsten Berggipfel, Wasserstellen und Grasländer des Tibesti zu Italien. Seit diesem 7. Januar haben die Italiener ihre Macht unter den Tibbu solide verankert, die Brunnen befestigt und sich in den Gemüsegärten und Getreidefeldern des östlichen Tibesti eine wichtige Nahrungsmittelbasis geschaffen.“

Zur englisch-ägyptischen Einigung vom August 1920:

„Nein, es gibt keinen Zweifel, die Italiener haben ihre Landkarte genauer betrachtet als der sehr ehrenwerte Arthur Henderson, der, durch die Gewerkschaften hochgetragen, aus einem Handlanger zum Minister der britischen Kriegsregierung wurde. (Es folgt die übliche Verpötlung des aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Labour-Mitglieds, J. C.)

„Krieg mit Italien, das weiss London seit 1935, bedeutet ein unbefahrbares Mittelmeer. Das bedeutet auch andererseits ein durch Gibraltar und Suez abgesperstes Mittelmeer, erwidert man, das bedeutet auch die Unmöglichkeit für die Italiener nach Eretrya oder nach Aethiopien zu kommen. Zu Schiff gewiss. Ueber Lybien aber?“

Die Verbindung Sizilien-Pantellaria-Lybien ist kaum zu unterbrechen. Aegypten jedoch ist von England abgeschnitten, von beiden Seiten abgeschnitten, denn auch der Bab el Mandeb ist nicht mehr rein englisch. Am 7. Januar 1935 erhielt Italien ja auch von Frankreich 950 Quadratkilometer der französischen Somaliküste mit der Insel Doumira . . . einen der wichtigsten strategischen Punkte der Welt. Doumira nämlich, ein Eiland, das etwa 300 Meter lang und 80 Meter breit ist, ein gigantischer, 30 Meter aus dem Wasser ragender Basaltfelsen . . . ist der Punkt Afrikas, der dem englischen Perim am nächsten liegt, der, kaum 15 Meilen von dieser englischen Festung, leicht zum „Gibraltar des Roten Meeres“ gemacht werden kann und seit Januar 1936 gemacht wird.“

Durch die Abtretung am Bab el Mandeb hatte Frankreich Rom den lang ersehnten Einfluss auf den Schiffahrtsweg nach Indien verschafft. . . . Wenn nicht gerade in dem Augenblick, in dem der Suezkanal in die Luft fliegt oder durch ein versenktes Schiff verstopft oder sonstwie gesperrt wird, ein bedeutendes englisches Geschwader sich im Rotea Meer befindet, dann ist dieses Meer ebenso tot geworden wie das Mittelmeer.“

Diese Zitate könnten noch beliebig vermehrt werden. Am Schluss jedoch nimmt der Verfasser die typisch nazideutsche Friedfertigkeit heuchelnde Wendung, indem er alles, was er bisher gesagt hat, umstösst. Auf etwa 300 Druckseiten hat er auseinandergesetzt, wie geschickt Italien gegen Englands Besitz, gegen die Lebensadern des britischen Weltreiches Bastionen errichtet hat, — in Lybien, in Abessinien, am Bab el Mandeb, im Mittelmeer usw. Aber dann, im Schlusskapitel, ist nicht etwa das faschistische Italien, nicht etwa der verbündete Achsenpartner der präsumptive Friedensbrecher, sondern — das bedrohte England! Italien, das überall militärische Operationsbasen gegen Aegypten, gegen den engli-

Sudan, gegen den Seeweg nach Indien anlegt, was will es? — Nach Herrn Zischka: „In Abessinien wie in Albanien Zeit, Zeit, Und Frieden.“

Doch er fragt mit sorgenumwölckter Stirn:

„Wird man sie (Zeit und Frieden) Italien lassen? — Die meisten, die dem Problem ein wenig auf den Grund gingen, meinen, man werde Italien die Zeit nicht lassen, Roms grosser Gegenspieler England werde nicht warten, bis es unüberwindlich wird. Und wenn diese Fachleute recht behalten, dann sieht sich auch Deutschland vor schwerste Entscheidungen gestellt.“

Da ist die Katze aus dem Sack: Italien rüstet, Deutschland rüstet, man rüht sich, wie weit man den Weltmächten voraus sei, von wie viel Punkten aus man sie bedrohe; — aber wenn es zum Kriege kommt, dann haben trotzdem die andern allemal angefangen, und die „schwerste Entscheidung“ vor die man sich gestellt sieht, ist eigentlich nur die, ob der Achsen-Spiessgeselle wirklich so unüberwindlich ist, wie vorher geprahlt wurde. . . . Und da dürfte die Fehlrechnung liegen. Denn ausser befestigten Berggipfeln, Felsinseln und Kriegshäfen, ausser Autostrassen durch die Wüste und dergleichen Dingen gibt es auch gewisse moralische Voraussetzungen der Kriegführung. Von denen redet Zischka nicht, mit gutem Grunde nicht.

Julius Civilis.

Auslandsverbot für Filmkünstler

Der deutsche Film sinkt in immer tiefere Goebbelstiefen. Er findet im Ausland nur noch einen Bruchteil der Beachtung, die ihm vor der Hitlerzeit zuteil ward. Im Norden z. B. kommen auf zwanzig importierte Filme nur zwei deutsche. Was an wirklichen Talenten noch im deutschen Film tätig ist, sieht sich begreiflicherweise immer mehr nach Auslands-Engagements um. Jetzt aber ist diesen Leuten ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Fortan dürfen Verträge ins Ausland nur noch mit besonderer Genehmigung des Präsidenten der Reichsfilmkammer unterzeichnet werden. Ja, jedes blosse Angebot aus dem Ausland, das ein Filmkünstler erhält, ist schon anzeigepflichtig.

Diese Verordnung gilt übrigens nicht nur für deutsche Staatsbürger, sondern für alle Filmschaffenden, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Wenn also z. B. die in Deutschland lebende Zarah Leander aus ihrer schwedischen Heimat einen Filmvertrag erhält, muss sie erst alleruntertänigst beim braunen Regime um gnädige Erlaubnis nachsuchen, ehe sie über Annahme oder Ablehnung auch nur nachdenken kann. So sieht das „Kunstleben“ aus — im Land des totalen Terrors.

Ausgebürgert. Genosse Otto Landsberg, der frühere Volksbeauftragte und Reichsjustizminister, ist samt Familie ausgebürgert worden. Ebenfalls ausgebürgert wurde der frühere Reichsminister Gottfried Treviranus mit Familie.

Das Kreuz

An der Autostrasse von Linz nach Salzburg stand ein Erinnerungskreuz für die frühere Frau des ehemaligen Bundeskanzlers Schuschnigg, die an dieser Stelle tödlich verunglückte. Die Nationalsozialisten haben dieses Kreuz mit Dynamit in die Luft gesprengt.

..

Am Wege, den die junge Schaar marschierte, siegestrunken, bot sich ein Kreuz den Blicken dar, ein Totenkreuz, des Schmuckes bar, seitab, in sich versunken.

Deutsches Lesebuch

Der erste Bursch, von stolzem Bau, blieb stehen, sich zu neigen, und seine Stimme sagte rauh: „Hier starb des tapferen Gegners Frau. Lasst Eure Lieder schweigen!“

Deutsche Wirklichkeit

Der erste Bursche kam heran und brüllte wie besessen: „Schad, dass man die nicht wecken kann. Die weiss nicht, dass wir ihren Mann mit Haut und Haar gefressen.“

Deutsches Lesebuch

Die Kämpfer senkten das Panter, „Das Land, auf das wir schwören, die Frau hat es geliebt wie wir. Verneigt Euch ritterlich vor ihr, kein Jubel soll sie stören.“

Anarchie von oben

Vom Aufhören des Rechtes in Deutschland

1. Stadtrecht bricht Landrecht.

Durch Veröffentlichung in der Deutschen Justiz (1938, Nr. 28) wird uns eine Verordnung bekannt, die der Oberbürgermeister von Berlin am 6. April 1938 über die „Behandlung Asozialer“ erlassen hat. Sie ist in mehrerer Hinsicht typisch für die Entwicklung, die das Rechtsgefühl in einer „Anarchie von oben“ nehmen muss.

Die nationalsozialistische Erziehung des Berliner Oberbürgermeisters ist, wie man seiner Arbeit entnehmen kann, abgeschlossen. In Paragraph 1 seiner Verordnung definiert er den Begriff des Asozialen. Asozial im Sinne der liberalen, im Sinne der christlichen, im Sinne jeder bis heute gültigen Weltanschauung war ein Mensch, dem trotz physischer Möglichkeit zu sozialem Verhalten die sittliche Triebfeder dazu mangelte. Herr Oberbürgermeister aber verfügt:

§ 1.

Begriff des Asozialen.

Asozial im Sinne dieser Verfügung ist, wer sich wegen eines nicht nur vorübergehenden Zustandes körperlicher, geistiger oder sittlicher Unzulänglichkeit nicht in das freie Gemeinschaftsleben einordnen kann oder will.“

Einen Menschen, der sich wegen eines „Zustandes körperlicher Unzulänglichkeit“ nicht in das freie Gemeinschaftsleben einordnen „kann“, nannte man früher einen Kranken, einen aber, dem dies wegen „geistiger Unzulänglichkeit“ nicht gelang, einen Geisteskranken. Man wählte, die Gesellschaft sei diesen Menschen zur Hilfe verpflichtet, falls sie selbst nicht asozial erscheinen wollte. Der Oberbürgermeister, wie man sieht, hat ausgemerzt und behandelt diese Asozialen wie sie es verdienen. Zunächst werden sie dem „Lajug 6“ und dem „Lajug 66“ gemeldet:

„Wer als asozial festgestellt wird, ist unverzüglich dem Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt zu melden, und zwar Asoziale über 21 Jahre zum Stellenzeichen Lawohl 6, unter 21 Jahren zum Stellenzeichen Lajug 66 . . .“

Die Vorschriften über die Meldung erweitern den Kreis der Asozialen noch um solche Elemente, die unehelich geboren sind oder keiner nationalsozialistischen Organisation angehören, denn es heisst in Paragraph 2, Absatz 4:

„Der Bericht soll alle Umstände hervorheben, die für die Beurteilung der Eigenschaft als Asozialer massgebend sind, insbesondere Gesundheitsmängel, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsscheu . . . Unehelichkeit, Organisationszugehörigkeit . . . Vorstrafen“ usw.

Das Landeswohlfahrts- und das Ju-

gendamt warnen dann gemäss Paragraph 3 alle Fürsorgestellen vor den „Asozialen“ und erteilen gemäss Paragraph 5 Auskunft über sie an städtische Dienststellen, Polizei- und Justizbehörden, sowie an die zur Einholung von Auskünften ermächtigten Stellen der NSDAP. Gemäss Paragraph 6 wird der Asoziale vorbeugend überwacht, und wenn sich sein körperlicher, geistiger oder sittlicher Zustand auch durch Ueberwachung nicht bessern lässt, ist er gemäss Paragraph 7:

„solange in geschlossene Anstaltsfürsorge zu übernehmen, als es zum Schutze des Volkes, seiner Familie und zu seinem eigenen Schutze erforderlich . . . ist.“

Dass ein Bewahrungsgesetz vorläufig nicht verkündet worden ist, kann den Eifer des Oberbürgermeisters nicht hemmen:

„Solange ein Bewahrungsgesetz nicht erlassen ist, sind alle Handhaben der geltenden Gesetze, die zur Verwirklichung der Bewahrungsaufgabe dienen können, rechtschöpferisch anzuwenden.“

In den Fällen aber, in denen sich sogar die bestehenden Gesetze in ihrem Wortlaut gegen den Bewahrungswillen des Oberbürgermeisters auflehnen, greift er zur ultima ratio jeden wahren Führers. Dann wird „freiwillig“ bewahrt und zwar so:

„§ 9 Freiwillige Bewahrung.“

Wenn eine zwangsweise Bewahrung . . . gesetzlich nicht möglich ist, kann freiwillige Bewahrung zugelassen werden. Die Zulassung hat zur Folge, dass dem Asozialen jede andere Art der Fürsorge verweigert und der freiwillige Eintritt in die Bewahrungsanstalt gestattet wird.“

Die Verordnung des Oberbürgermeisters gilt zunächst nur für die 5 Millionen Menschen, die Berlin bewohnen. Darüber hinaus wird sie wohl das Muster für ähnliche Erlässe in anderen Städten werden, denn es heisst in der Deutschen Justiz, dass Berlin in dieser Hinsicht vorbildlich und bahnbrechend wirke. Das Stadtgesetz zeigt, dass, wie wir schon mehrfach sagten, eine Gesetzlosigkeit, die von der herrschenden Schicht involviert wird, notwendig im ganzen Volke Widerhall finden muss. Zunächst meinten die Gesetzgeber, sie müssten sich selbst nicht an Gesetze halten. Heute sind schon die Oberbürgermeister und andere höhere Verwaltungsbeamte davon überzeugt, dass das Gesetz gegenüber ihrem lebendigen Willen ein Fetzen Papier sei. Wir leisten den Herren Gesetzgebern jede Gewähr dafür, dass über kurz oder lang in Deutschland niemandem, auch unter Anwendung schärfsten Terrors, mehr klarzumachen sein wird, der Wille des

Gesetzes stehe über seinem eigenen Willen.

2. KZ-Beamte stehen über dem Gesetz. Denselben Geist wie der Erlass des Oberbürgermeisters von Berlin atmet ein Buch des Dr. Otto Geigenmüllers „Die polizeiliche Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland“ (Verlag Paul Scheiner, Würzburg). Oberstaatsanwalt Klemm bespricht es in der „Deutschen Justiz“ Nr. 28 und wendet dem Verfasser vor, er sei im Irrtum, wenn er meine, die Männer, die die Schutzhaft verhängen, oder die, die sie am Häftling vollzogen, stünden über dem Gesetz:

„Nicht jedoch kann ihm allenthalben darin gefolgt werden, dass bei Verhängung von Schutzhaft die Nachprüfung einer derartigen Massnahme — insbesondere durch die Justiz — an sich nicht zulässig sei. Das ist nur insoweit richtig, als die ordentlichen (oder Verwaltungs-)Gerichte die politische Massnahme der Schutzhaft nicht nachprüfen können. Es kann aber daraus nicht gefolgert werden, dass offensichtlichem Ermessensmissbrauch oder Willkür die gleiche Behandlung erfahren müssen. Der Verfasser verwechselt insofern die Nachprüfung einer politischen Massnahme mit der Erörterung (und Abhandlung) einer strafbaren Handlung. Wenn es sich insoweit auch nur um theoretische Erwägungen handelt (die Praxis hatte noch keinen Anlass, dazu Stellung nehmen zu müssen), ist es mit Rücksicht auf die zukünftige Regelung notwendig, auf diese Verwechslung einzugehen, um darzulegen, dass der hierzu vom Verfasser als Grundsatz aufgestellte Vorschlag nicht verwirklicht werden kann.“

Oberstaatsanwalt Klemm wird nicht deutlicher. Er fügt dem Seufzer der eigenen Erleichterung, „die Praxis hatte noch keinen Anlass, dazu Stellung nehmen zu müssen“, nur noch das Lob für die Arbeit Geigenmüllers hinzu:

„Als Ganzes ist das Buch ein interessanter Beitrag zu der Gestaltung einer staatlichen Einrichtung, die auf weltanschaulicher Grundlage entstanden, für den Neuaufbau des Reiches eine Notwendigkeit war.“

Im ganzen hat aber eben Oberstaatsanwalt Klemm unrecht. Die Schutzhaftverhänger, die Schutzhaftvollzieher, stehen, wie Geigenmüller zugeben muss, über dem Gesetz — solange, bis 75 Millionen Menschen über dem Gesetze stehen werden, was hoffentlich mit dem Zeitpunkte zusammenfallen wird, von dem ab in Deutschland wieder Führer und Geführte, Beamte und Zivilisten, Kluge und Dumme, Asoziale aus Erziehung und Kranke aus Schickung unter dem Gesetz stehen werden. Ob allerdings dann noch für den Oberbürgermeister oder Geigenmüller Raum sein wird, ist die Frage.

Deutsche Wirklichkeit

„Das Kreuzel da? Ein Sündenfleck, just reif, ihn zu entfernen. Putzt diese Frau mit Pulver weg und ihren Mann bewerft mit Dreck. Hat sonst das Siegen einen Zweck? Ihr sollt uns kennen lernen!“

(Das Gedenkkreuz [liegt in die Luft].)

Das Gold

Der Tag liess sich entschieden schlecht an für die Witwe Schickedanz. An der Strassenecke war sie von der Seib, der alten Klatsche, wohl eine halbe Stunde lang festgehalten worden, und wie sie in den Schlächterladen kam, war das Schweinefleisch bereits ausverkauft. Zu allem Unglück lief sie am Ausgang des Ladens ihrer Nachbarin, der Frau Gramm direkt in die Arme, dieser heimlichen Feindin des nationalen Staates, die es immer wieder verstand, die Witwe Schickedanz mit ihrer Hitlerbegeisterung aufzuziehen, ohne dass man sie je bei ihren Worten fassen konnte. Jetzt beispielsweise warf die Gramm nur einen raschen Blick in die leere Markttasche der Witwe und zuckte wortlos die Achseln.

„Ja, wackeln Sie nur mit den Schultern“, giftete sich die Enttäuschte, „Sie denken natürlich, ich habe kein Fleisch bekommen, heh? — Das hab ich nämlich schon heute früh geholt, jetzt hab ich Herrn Huebner nur, wei er vorhin nicht rausgeben konnte, das Geld hingetragen.“

„Donnerwetter, in der Markttasche . . .!“ Die Witwe Schickedanz ging über den

solch kleine Opfer muss man für unseren Führer tragen und nicht gleich meckern wie Sie.“

Zwischenruf hinweg.

„Und wenn man auch mal nichts kriegt, „Aber wer meckert denn? — Ich? — Ich denke gar nicht dran. Ich bin nie so zufrieden mit der Regierung wie seit heute.“

„Nanu“ wunderte sich misstrauisch die Witwe, denn sie hielt Frau Gramm für eine „Rote“, — „ist etwa doch Ihr Spargeld aufgewertet worden?“

Mit dem Spargeld hatte es folgende Bewandnis: Vor Hitlers Machtergreifung hatte die Witwe Schickedanz allen Frauen der Gegend tausend Eide geschworen: so bald Hitler erst Reichspräsident wäre, würden sie ihr in der Inflation verlorenes Geld bei Heller und Pfennig zurückerhalten. Sie hatte sich das nicht einmal selber ausgedacht, sondern nur nachgeredet, was andere ihr vorerzählt hatten. Aber die Gramm, diese Staatsfeindin, hatte sich ihr Gelöbnis gemerkt und stichelte seitdem bei jeder Gelegenheit ihre Nachbarin mit der Frage, wie weit es nun mit der Nachzahlung jener Gelder wäre, sie selber habe auch noch einige Hunderte zu erhalten. Die verärgerte Nazine hatte sogar einmal versucht, sich die lästige Mahnerin vom Halse zu schaffen, war auf die Polizei gegangen und hatte Anzeige erstattet auf Grund des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf den Staat. Aber dort hatte man nicht angebissen und der Enttäuschten auseinandergesetzt, es sei der Wille des Führers, dass von der ganzen Aufwertungsache zur Zeit möglichst wenig Aufsehen gemacht werde. — Zum Glück hatte die Gramm weder von der Anzeige noch von ihrem Misserfolg eine Ahnung und so erwiderte sie jetzt gelassen:

„Nein, die Aufwertung ist immer noch nicht da. Aber haben Sie nicht das Morgenblatt gelesen? — Jetzt müssen alle, die noch Goldstücke besitzen, sie an die Reichsbank abliefern. Nun kommen auch die her, die in der Inflation so fein durchgeschlüpft sind. — Sie haben ja auch daheim ein Säckchen Goldfuchse, nicht wahr, Frau Schickedanz?“

Das gelbliche Gesicht der Witwe wurde weiss.

„Das ist nicht wahr! Wer das sagt, der lügt!“

„Aber regen Sie sich doch nicht auf! Ich ob ich die einzige bin, die das weiss. Du machst, als wir andern unser Geld verloren haben Sie sich doch selber so schön die getan mit Ihrer klugen Vorsicht!“

Ach ja, hätte sie nur vor Zeiten diesen Drang widerstanden! Was dachte sie sich jetzt nur aus? — Sie zog ihr Gesicht zu Falten tiefen Nachdenkens.

„Ach damals“, brachte sie langsam hervor. „Gewiss damals. Das ist aber auch nun lang her. Seitdem hat sich ja viel geändert. Das Gold habe ich schon vor Jahren eingewechselt. Schon gleich, als der Führer an die Macht kam. Denn da versprach er uns ja: Die Mark bleibt auf tausend Jahre und mehr stabil.“

Die andere lächelte, es war ein infames Lächeln, das Glauben markierte und tiefsten Unglauben bedeutete. „Nun, das ist ja alles in Butter. Ueberzeugen sie mich nur genau, meine Beste, dass nicht etwa ein paar Goldstücke aus Versehen doch noch bei Ihnen liegen geblieben sind. Das ist auf stehen nämlich schwere Strafen, Gefängnis und so.“

Atemlos keuchte die Witwe Schickedanz die Treppe zu ihrer Wohnung hinauf. Ohne abzulegen, stürzte sie sich auf

Der neue Pranger.

„Wussten Sie das schon?“ fragen die „Münchener Neuesten Nachrichten“...

„Schwätzer, Meckerer, Leutenausrichter, Schuldenmacher, betrügerische Handwerksmeister...“

Aber schon 1933 kam der Pranger wieder: in den Konzentrationslagern und auf den Strassen...



Wotan plus Allah.

In Deutschland und Oesterreich mehren sich die Kirchenaustritte, dagegen steigt im Dritten Reich die Zahl der Mohammedaner beträchtlich...

„dass der Islam Lebensregeln von hohem ethischem Gehalt verkündet, die für den nordischen Menschen durchaus erfüllbar sind...“

Das mit der Gerechtigkeit und Güte ist wunderschön. Die als Better des Christentums „aufbrachen“...



Der entfesselte Spaten.

In Kablov bei Königswusterhausen wird gegenwärtig eine angebliche Semnonensiedlung ausgegraben...

„Was moderne Wissenschaft und Technik in Kablov bei Königswusterhausen aus dem Boden an das Tageslicht bringen...“

Zeitung. Sie pflegte sonst ausser dem Roman nur Gerichtliches und Unglücksfälle zu lesen...

„Nutzbarmachung des Einzelbesitzes für die Gesamtheit — Einreihung in die vaterländischen Opferfront...“

Früher, da hatte es immer noch Auswege gegeben. Aber die jetzigen Herren, die waren schlau, satanisch schlau...

„Ob es dann der Polizei genügen würde, wenn sie stolz auftrumpfte: „Bitte, ich bin alte Kämpferin...““

Vor einiger Zeit konstatierte ein gleichgeschaltetes Blatt elegisch „das völlige Aussterben der Originale“...

trunk der Arbeit vorzogen, sich von der Jagd und vom Fischfang dürftig ernährten und ein unerfreuliches Gegenstück zu den alten Kulturvölkern der Erde bildeten...

Dann wird mit dem Spaten der alte Tacitus erledigt und das „hochentwickelte Wirtschaftsleben im Semnonendarf“ bewiesen...

Mit dem Spaten sollen die alten Römer geschlagen werden. Welch ein geistiger Leerlauf in all diesem aufgeregten, scheinwissenschaftlichen Gebälk!

wenn sie stolz auftrumpfte: „Bitte, ich bin alte Kämpferin, jene ist eine Meckerin und Staatsfeindin!“ — Würde die Polizei nicht doch am Ende bei ihr haussuchen?

Vielleicht vergrub sie das Gold? — In Kriminalgeschichten kam so etwas häufig vor. An einer sicheren Stelle — vielleicht in einem Park...

Schwejks; sie beginnen ihre Reden mit: „Das will der Führer nicht...“ Oder sie loben die Misstände derart über den grünen Klee...

Zum Tode verurteilt aber sind im Lande des Maulkorbs jene Originale ehrlicher Schnoddrigkeit, die gewohnt waren, Ergebnisse ihrer nicht alltäglichen Lebensbeachtung gerade heraus zu sagen...

„Man forschte ihn aus, aber es war nichts aus ihm herauszubekommen. Er zuckte mit den Achseln und lächelte.“

Die Germanen — minderrassig

Während sich das Dritte Reich in Anbetracht des Seltenheitswertes seiner Verbündeten dazu entschlossen hat, die japanische Achsenrasse als „verwandte Rasse“ im Sinne des neudeutschen Ehrechtes gelten zu lassen...

„In Schanghai gibt es eine ganze Menge Europäer, die in der Einsamkeit und Verbannung des Koloniallebens sich eine japanische Freundin zugelegt haben. Viele leben sogar mit ihren Japanerinnen zusammen.“

Ein „Gesetz zur Reinhaltung des japanischen Blutes“ existiert zwar noch nicht.

schloss Heinrich den Laden und erklärte: „Ich mach' nicht mehr mit!“ Jetzt sitzt er tagsüber in seiner Laube, an deren Vorderfront in grossen Buchstaben „Gurkenheinrich“ steht...

Was man sonst in Stralau raunt, dass nämlich Gurkenheinrich das getarnte Meckern nebst dem ganzen braunen Kotz satt hat und lächelndes Schweigen den im Dritten Reich mit der Sprache verbundenen Gefahren vorzieht...

Aber warum das Rätselraten um Gurkenheinrich? Es sind doch in der braunen „Bewegung“, in den Reihen der SA und SS hunderttausende, die gern erklären würden: „Ich mache nicht mehr mit!“

aber bedarf es in Diktaturstaaten, um Menschenleben zu vernichten, der Gesetze?

„Eine besondere Spitze erhalten die Vorfälle noch dadurch, dass die Frauen, wenn sie die Abreise verweigern, wegen Spionageverdachts deportiert werden.“

Beim Ueberlesen dieser Meckerei scheint den Redakteur des „Lokal-Anzeigers“ allerdings die Angst vor der eigenen Courage gepackt zu haben.

„Die betroffenen Europäer sind natürlich voller Entrüstung. Aber niemand wird bei ruhigem Nachdenken den Japanern unrecht geben können.“

Jedenfalls niemand, der sich nicht gleichzeitig entschliesse, der deutschen Rassegesetzgebung unrecht zu geben. Und der das täte, könnte leicht in Spionageverdacht geraten.

Gemecker

Der ewige Meckerer Werner Finck schrieb im „Berliner Tageblatt“ eine diskret-ironische Glosse über die Abfallsmelkästen. Man solle — schlägt er vor — die ganze Sammelei doch nicht so tief ernst betreiben...

schlaflos im Bett grübeln und am nächsten Morgen in der Frühe nachgraben, ob ihr Gold noch vorhanden sei, und so Tag für Tag, bis man sie doch mal dabei erwischte und ins Gefängnis steckte.

Wie sie dies voraussah, begriff sie, dass sie bereits die kommende Nacht nicht schlafen würde. Sie würde in Angst und Aufregung nach einer Lösung grübeln. Das Gesetz sah ja eine Anmeldefrist von etlichen Wochen vor.

Hier muss die Erzählung abbrechen. Mit der Frage, wie die geplagte Witwe sich endlich entschied, ob sie ihr Gold, das ihr bisher das Gefühl der Existenzsicherheit gegeben hatte, abließerte oder ob sie es verbarg, ob sie angezeigt wurde und ob man ihren Schatz fand, damit gleitet unsere Geschichte bereits aus der Vergangenheit in die Zukunft.

Mucki.

Aus dem Urwald

„In der Stille hat sich in Köln in diesen Tagen ein Ereignis vollzogen, das im ganzen deutschen Westen Interesse verdient. In Rodenkirchen bei Köln wurde der Gauhof des Gaus Nordwest des Deutschen Falkenordens, der die erste seiner Art im ganzen Reich ist, ins Leben gerufen und seiner Bestimmung übergeben.“

Schauspiel erleben, das ihren Vorfahren zur Zeit des pracht- und jagdliebenden Kurfürsten Clemens August im Umkreis von Schloss Brühl so häufig geboten wurde. „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ Nr. 353.

In der Berufsschule für Blechbearbeitung und Installation in Berlin, Lange Strasse 31, findet augenblicklich ein dreitägiger Umschulungslehrgang statt, an dem ein grosser Kreis von Handwerksmeistern teilnimmt. Bei diesen Meistern handelt es sich um führende Innungsmitglieder, die auf Grund der in Berlin gemachten Erfahrungen später selbst Umschulungskurse in ihrem Innungsbezirk durchführen werden.

„Berliner Lokalanzeiger“ Nr. 179.

„Es mussten im hamburgischen Staatsgebiet sechs Juden wegen Rassenschande inhaft genommen werden. Der jüngste dieser Rassenschänder ist 20, der älteste 65 Jahre alt. Gegen zwölf weitere Juden wurden in derselben Woche ebenfalls wegen Rassenschande Verfahren eingeleitet.“

„Hamburger Polizeibericht“.

Arbeitsfront in Österreich

Betriebliche Vertretung statt Vertrauensrat

Die Empfangsfeierlichkeiten der Nazis für die österreichischen Arbeiter mit dem unvermeidlichen Klim-bim sind zu Ende. Mit einer Anordnung des Reichskommissars Bürckel hat jetzt die nationalsozialistische Erziehung und „Betreuung“ eingesetzt. Die Oesterreich ist kein besonderer Erlass, Anordnung für den Aufbau der DAF in sondern sie bildet nur einen Bestandteil für den Aufbau der Partei. Parteigenosse Bürckel hat sich auch nicht der Mithilfe des Ley bedient, sondern vorsichtshalber die österreichische DAF in eigener Hand behalten. Die Durchführung wird nicht Ley, sondern Bürckels Stellvertreter, der Reichsamtssleiter Hupfauer erledigen. Die Anordnung erfolgt zunächst überhaupt ausserhalb des Bereichs der Arbeitsfront im alten Reich. Dazu hat sich der Ley in fünf Jahren zu schlecht bewährt. Herr Hupfauer erklärt, dass „die DAF in der Ostmark nicht einfach laut Plan erstellt wird“, sondern „nach Zweckmässigkeit“. Die österreichische Arbeitsfront soll „ein organisatorisches, dem Reich entsprechendes Gebilde“ werden. Die rauen Kämpfer gehen äusserst vorsichtig zu Werke, um im vornherein alle klassenmässigen Tendenzen auszuschalten. Beim Aufbau der DAF, so verrät Hupfauer,

„in der Ostmark kam vom ersten Tag an mit aller Klarheit zum Ausdruck, dass die DAF ein der NSDAP angeschlossener Verband ist und unter der unmittelbaren Führung der Partei steht. Ausdruck hierfür ist die Tatsache, dass laut Anordnung des Reichskommissars Bürckel der Gauleiter der Partei in Personalunion Gauobmann der DAF, der Kreisleiter Kreisobmann und der Ortsgruppenleiter Ortsobmann der DAF ist.“

Durch die völlige Unterstellung der Arbeitsfront unter die Partei hofft Bürckel, dass die DAF „ein wirklich vollwertiges Menschenführungsorgan“ werde. Die Anordnung spricht davon, dass der Betrieb im Mittelpunkt nationalsozialistischer Sozialpolitik zu stehen habe, doch bleiben all die wortreichen Ankündigungen des Ley über Selbstverwaltung und Selbstverantwortung für die Ostmark geflissentlich unerwähnt. Die Schwierigkeiten für den Aufbau in der Ostmark werden darin gesucht, dass dort statt der Nazibetriebs- die „berufsständische Werksgemeinschaft“ bestanden hat, deren „klassenkämpferische Idee“ der schlaue Hupfauer sofort herausgefunden hat. Das Regime Dollfuß-Schuschnigg hätte es „im verflochtenen System“ zugelassen, dass die Belagschaft im Betriebe Weisungen von der Einheitsgewerkschaft, der Unternehmer Weisungen von seiner berufsständischen Organisation entgegennehmen durfte. Es gab bis zum 12. März 1938 eben immer noch zwei Klassen in Oesterreich. Die Schuschniggische Werksgemeinschaft hätte Abstimmungen nach dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip erlaubt.

Erst mit der Arbeitsfront, so lehrt es der grossdeutsche Amtsleiter, findet die berufsständische Klassenscheidung ihr Ende. Betriebsführer und Gefolgschaft werden eins. Die „Werksgemeinschaft“ würde, wie er ausführt

eine Verdrehung nationalsozialistischer Begriffe ins Klassenkämpferische bedeuten, die sich später bitter rächen müsste“

Armer Schuschnigg, der das Gift des Klassenkampfes in sich eingesogen haben soll. Dabei hatte der willige Bundeskanzler doch nur das berufsständische System seines grossen italienischen Meisters in Oesterreich eingeführt. Es gibt eben nur eine artreine Betriebsgemeinschaft, die hat das Dritte Reich gepachtet, sie soll den österreichischen Arbeitern unverkürzt zu teil werden.

Die österreichische Arbeitsfront beginnt ihre Tätigkeit mit dem Vierjahresplan.

„Der Arbeitsprozess wird mit ungeheurer Schwung angekurbelt“

Für das intensivierte Antreibersystem soll nun, wie weiter berichtet wird, die Arbeitsfront die Menschenbetreuung im Betrieb übernehmen. Bürckel sieht die wichtigste Voraussetzung einer unbegrenzten Arbeitszeit, einer Höchstleistung der Arbeitseinheit in der Garantie des Arbeitsfriedens. Zu seiner Sicherung wird abweichend von der DAF im alten Reich bestimmt,

„dass in allen Betrieben als politische Garanten des Wirtschaftsaufbaues Betriebszellenobmänner eingesetzt und sogenannte betriebliche Vertretungen gebildet werden. Diese betrieblichen Vertretungen setzen sich aus dem Betriebszellenobmann, dem Betriebsführer und entsprechend der Gefolgschaftsstärke aus Gefolgschaftsmitgliedern zusammen“.

Es ist zweifellos ein Fortschritt, dass die Anordnung im Original von den neuen „sogenannten“ betrieblichen Vertretungen spricht. Das also ist die mehrfach verheissene Neuregelung des Vertrauensrats. Der Unternehmer und der Betriebs-Obernazi su-

chen sich einige Gefolgschaftsleute aus, mit denen sie die betriebliche Vertretung bilden. Diese Mischung von Vertretern und erprobten Knechten der Kapitalistenklasse schafft zwar die Klassen nicht ab, aber sie sichert die Beherrschung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Besitzenden. Diese Art von Aufhebung des Klassenkampfes hatte selbst die Austro-Werksgemeinschaft noch nicht geschafft.

Als Sofortmassnahme wird dann die Berufserziehung und Umschulung angekündigt. Der Arbeitseinsatz für die Kriegsindustrie wird, nach Hupfauer, den Mangel an gelernten Arbeitskräften bald ausgeglichen haben. Die Göringschen Zwangsmassnahmen werden in Oesterreich die Bewährungsprobe zu bestehen haben. Was den österreichischen Arbeitern bevorsteht, deutet die Deutsche Arbeits-Korrespondenz an, indem sie auf die Erfahrung im alten Reichsgebiet verweist. Wesentliche Voraussetzung der Steigerung der Produktion, so steht es schwarz auf weiss geschrieben,

„war die Hebung des Lebensstandards durch die Wirksamkeit der Deutschen Arbeitsfront.“

Das Dritte Reich, dessen Riesenverschuldung für Kriegsproduktion bisher nur durch eine wachsende Verelendung der breiten Massen überhaupt ermöglicht worden war, spricht von Hebung des Lebensstandards. Aber die österreichischen Arbeiter sollen dafür reich an Freude werden. Dr. Hupfauer will der „Kraft durch Freude“ in der Ostmark besondere Aufmerksamkeit widmen.

„Der deutsche Arbeiter Oesterreichs, der heute seinen Urlaub mit KdF verbringt, wird Gelegenheit haben, die deutsche Heimat kennen und lieben zu lernen.“

Den ersten Vorschuss auf die Liebe der Nazi-Heimat haben die österreichischen Arbeiter schon verabreicht erhalten. Sie wurden zu Besichtigungsfahrten nach dem alten Reich abkommandiert. Die Anziehungskraft bei diesen ersten KdF Fahrten war derart unwiderstehlich, dass die Urlaubsfahrer nur noch z. T. nach dem früheren Oesterreich zurückgekehrt sind. Einige hundert der österreichischen Arbeiter, de-

nen die im Dritten Reich übliche Berichtserstattung mit anschliessender Begeisterung nicht einleuchten wollte, wurden bis auf weiteres im Konzentrationslager in Dachau untergebracht. Dort werden sie „die deutsche Heimat kennen lernen“. Und wenn sie diese Heimat auch nicht lieben, so sollen sie sie wenigstens fürchten lernen.

Das „Arbeitertum“ berichtet: „10.000 Oesterreicher hat das Amt damals in den bewegten Tagen ins Reich geführt... diese Zehntausend“, sagt Bürckel, „sind in der Wahl meine besten Propagandisten geworden“.

Die österreichischen Gäste in Dachau sparen sich ihre Propagandadienste für kommende Wahlen, für eine geeignete Zeit und für einen besseren Zweck auf.

Am Marterpfahl

Die Sekte der Erntest Bibelforscher ist für zivilisierte Staaten eine harmlose Gemeinde; sie vertritt die christlichen Lehren der Bibel, zu denen gehört, dass Gottes Wort höher stehe denn Menschenwort und wichtiger sei als der Staat. In zivilisierten Staaten spielen die Bibelforscher nirgends eine politische Rolle, denn ihre religiöse Betätigung erschöpft sich in Bibelauslegungen. Eine Despotie, wie das Dritte Reich, konnte selbst das bisschen religiöse Freiheit nicht vertragen und verbot die Sekte, die „Zeugen Jehovas“, wie sie sich nennen. Mit dem Verbot beginnt der Golgathaweg dieser Christen, deren Glauben das erzwungene „Heil Hitler“ als Gotteslästerung empfindet und verweigert. Ueber sechstausend dieser Christen schmachten in den braunen Kerkern und Konzentrationslagern.

Ihre Leiden schildert ein Buch, das kürzlich im Europa-Verlag (Zürich) erschien. Unter dem Titel „Kreuzweg gegen das Christentum“ hat ein der Sekte angehöriger Schriftsteller, Franz Zürcher, dokumentarisches Material zusammengestellt, das die Schande unserer Zeit einmal von christlich-religiöser Seite beleuchtet. Für den, der jene Bücher kennt, die über die Greuel in Hitlers Folterhöhlen erschie-

nen sind, wird es Grauenhafte lebendig, das er gelesen. Die Anhänger der Bibel werden wegen der nichtigsten Delikte heimgesucht, verhaftet, zu Tausenden in Massenprozessen verurteilt. Weil einige von ihnen gemeinsam in der Bibel gelesen, weil verschiedene Teile der Bibel in der Familie verlesen wurden, weil ein Mann mit seiner Frau und deren Freundin ein religiöses „Gedächtnismahl“ abhielt, weil etliche nie mit „Heil Hitler“ grüssten. Für die Aufbewahrung von Bibelforscherschriften werden je fünf Jahr Gefängnis ausgeworfen. Wegen blosser Nichtbeteiligung an der Wahl werden Bibelforscher von SA durch die Strassen geschleppt. In den Folterkellern der Gestapo und im KZ werden sie gemein beschimpft, wird ihr Glaube verhöhnt, werden Frauen und Mädchen bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen, immer wieder, mit Gummiknüppel und Reitpeitsche. Viele von ihnen verlassen die Folterhöhlen krank, körperlich gebrochen. „Wo bleibt denn Euer Jhova“, höhnen die Folterknechte, „warum hilft er Euch nicht? Der wird Euch was schenken.“ Andere brüllen: „Adolf Hitler ist unser Gott!“ Als einer der Misshandelten darauf verweist, dass doch auch Hitler sich bei seinen Wahlreden auf Gott den Allmächtigen berufe, wird ihm zur Antwort: „Dies sei jetzt noch, in ein paar Jahren nicht mehr...“ Marterpfähle werden errichtet, mit Nägeln bespickt. Daran werden die Opfer stundenlang gehangen. Eine sadistische Verhöhnung der Kreuzigung Christi.

„Von den ersten 6 Opfern, die an dem Marterpfahl gehängt wurden, sind fünf an den furchtbaren Qualen, die sie erlitten haben, gestorben. Der sechste hat diese Marterungsmethoden als ein Krüppel und als ein Zeuge überlebt.“

Einer der Oberschinder ist der Dortmunder Gestapokommissar Theiss, ein anderer der Kommandant Schmidt vom Sachsenburger Konzentrationslager. Vieles der Opfer dieser Höllen sterben oder werden ehänä aufgefunden. SA höhnt: „Jehova hat ihnen geholfen...“ Es ist eine planmässige Ausrottung der Tapfersten. Keinen der Schinder von unten bis ganz oben rührt das stille Heldentum dieser Märtyrer:

Das Buch führt all die Schreien an, die von seiten des christlichen Auslandes nach Berlin gerichtet wurden, um dem „Führer“ diese Schändung alles Menschlichen zu Gemüte zu führen. Der Führer wagt nicht zu antworten, denn er ist der Hauptschuldige. Wollte das Schandsystem zu seiner abgrundtiefen Verworfenheit offen stehen, so müsste es das Buch der Bücher, müsste es die Bibel verbieten.

Die Abgesandten christlicher Lords und Würdenträger aber fahren nach Berlin, um den braunen Neros, den Häuptlingen dieser Christenverfolgungen und Religionschändungen ihre Aufwartung zu machen. B. Br.

Meutereien bei österreichischen Legionären. Bei den in der Wiener Trostkasernen untergebrachten Abteilungen der österreichischen Legion kam es zweimal zu schweren Meutereien, da die Legionäre noch immer arbeitslos sind und die ihnen gemachten Versprechungen nicht erfüllt wurden.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (das Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):

- Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 1.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.20 (4.20), Palästina P. Pl. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.20 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris. Paris C. c. 88 504. Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris. Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris. Warschau 194 77. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris. Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Achtung!
die kleinen
„Treffer“

Wir werden künftig an dieser Stelle eine Anzeigenrubrik: die „kleinen Treffer“ einrichten, die unsere Inserenten mit dem grossen Leserkreis des „Neuen Vorwärts“ in Verbindung bringen wird.

Der „Neue Vorwärts“ wird heute in fast allen Staaten Europas, in Amerika, in Afrika, in Asien gelesen — er ist in mehr als vierzig Ländern der Erde verbreitet. Dieses Verbreitungsgebiet sichert Anzeigen im „Neuen Vorwärts“ grössten Erfolg; es wird auch kleine Anzeigen zu Treffern machen.

Wollen Sie nicht auch den Versuch machen, mit Hilfe einer kleinen Anzeige Erfolge zu erzielen? Sie suchen Rat, Hilfe, Stellung? Sie wünschen etwas zu verkaufen, zu tauschen, zu erwerben? Sie suchen Verbindungen?

Bedenken Sie: der „Neue Vorwärts“ wird von vielen tausend Menschen — durch gleiche oder verwandte Interessen verbunden — bezogen, die Ihren Wunsch mit Interesse lesen werden.

Der Preis dieser „kleinen Treffer“ ist sehr niedrig angesetzt. Eine Zeile (etwa vierzig Buchstaben!) kostet nur ffr. 5.— bei einmaligem Erscheinen (d. i. für Belgien: bfr. 4.—; Tschechoslowakei: Kc. 4.—; England: d 8; Holland: hfl. —.30; Polen: Zl. 1.—; Schweiz: Fr. —.60). Unseren Lesern, die noch im August ein Inserat aufgeben, gewähren wir einen Rabatt von 10 %.

Bedienen Sie sich bitte des anhängenden Gutscheines. Zahlen Sie den Betrag (je vierzig Buchstaben gleich ffr. 5.— abzüglich 10 %) auf eines unserer Postscheckkonten ein, schneiden Sie den untenstehenden Gutschein aus und senden Sie ihn ausgefüllt an:

NEUER VORWÄRTS
5, Rue Mayran
Paris (IX)

GUTSCHEIN

Ich bitte um Gewährung eines 10%igen Rabatts bei maliger Aufnahme folgenden Inserats:

Name und genaue Adresse: